

52. Sitzung

am Dienstag, dem 13. Juli 2010, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 4324

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten **Hans Herold** und Staatsminister **Dr. Wolfgang Heubisch**
..... 4324

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion der Freien Wähler
"Verkürzung von Wehr- und Zivildienst - Auswirkungen auf das Sozialsystem"

Hubert Aiwanger (FW)..... 4324
Oliver Jörg (CSU)..... 4326
Dr. Thomas Beyer (SPD)..... 4327
Maria Scharfenberg (GRÜNE)..... 4328
Tobias Thalhammer (FDP)..... 4329
Hermann Imhof (CSU)..... 4330
Diana Stachowitz (SPD)..... 4331
Gudrun Brendel-Fischer (CSU)..... 4331
Johannes Hintersberger (CSU)..... 4332
Joachim Unterländer (CSU)..... 4333
Staatsministerin Christine Haderthauer..... 4334

Erste Lesungen
zu einem Gesetzentwurf und einem Staatsvertrag, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Christa Steiger u. a. und Fraktion (SPD)
zur Änderung des Bayerischen Immissionschutzgesetzes (Drs. 16/5176)

Verweisung in den Umweltausschuss 4336

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Vierzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Vierzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (ber. Drs. 16/5283)

Verweisung in den Hochschulausschuss 4336

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FW)

über den Ladenschluss im Freistaat Bayern (Bayerisches Ladenschlussgesetz - BayLadSchIG) (Drs. 16/5177)

- Erste Lesung -

Alexander Muthmann (FW)..... 4336 4341
Joachim Unterländer (CSU)..... 4337
Dr. Paul Wengert (SPD)..... 4338
Dr. Martin Runge (GRÜNE)..... 4339
Karsten Klein (FDP)..... 4340

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 4341

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u. a. und Fraktion (FW)

über die elektronische Aufsicht im Vollzug der Freiheitsstrafe in Bayern (BayEASTVollzG) (Drs. 16/5192)

- Erste Lesung -

Florian Streibl (FW)..... 4341
Dr. Franz Rieger (CSU)..... 4342
Horst Arnold (SPD)..... 4343
Christine Stahl (GRÜNE)..... 4344
Dr. Andreas Fischer (FDP)..... 4345
Staatsministerin Dr. Beate Merk..... 4346

Verweisung in den Verfassungsausschuss..... 4347

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwan-
ger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u. a. und
Fraktion (FW)

**zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzie-
rungsgesetzes und des Bayerischen Gesetzes
über das Erziehungs- und Unterrichtswesen
(Drs. 16/5284)**

- Erste Lesung -

Eva Gottstein (FW)..... 4347 4349 4353
Manfred Ländner (CSU)..... 4348 4349
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)..... 4349 4350 4352
Simone Tolle (GRÜNE)..... 4350
Julika Sandt (FDP)..... 4351 4353

Verweisung in den Bildungsausschuss..... 4354

Gesetzentwurf der Staatsregierung
**zur Änderung des Bayerischen Eisenbahn- und
Seilbahngesetzes (Drs. 16/4232)**

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des
Wirtschaftsausschusses (Drs. 16/5267)

Beschluss..... 4354

Schlussabstimmung..... 4354

Gesetzentwurf der Staatsregierung
**zur Änderung des Bayerischen Bodenschutz-
gesetzes (Drs. 16/4442)**

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 16/5311)

Beschluss..... 4354

Schlussabstimmung..... 4355

Gesetzentwurf der Abgeordneten

Gerhard Wägemann, Georg Eisenreich, Peter
Schmid u. a. (CSU),
Thomas Hacker, Julika Sandt, Brigitte Meyer u. a.
(FDP)

**zur Änderung des Gesetzes über den Bayeri-
schen Landessportbeirat (Drs. 16/4688)**

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
(Drs. 16/5429)

Beschluss..... 4355

Schlussabstimmung..... 4355

Antrag der Staatsregierung

**auf Zustimmung zum Staatsvertrag über die
Bestimmung einer innerstaatlichen Institution
nach dem Gesetz zu dem Übereinkommen vom
9. September 1996 über die Sammlung, Abga-
be und Annahme von Abfällen in der Rhein-
und Binnenschifffahrt (Bilgenentwässerungs-
verband-Staatsvertrag) (Drs. 16/5054)**

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 16/5410)

Beschluss..... 4355

Abstimmung

**über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge,
die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung
nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)**

Beschluss..... 4355

Wahl

**von Vertrauensleuten und deren Vertreter für
die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen
Richter bei den Finanzgerichten München und
Nürnberg (s. a. Anlage 2)**

Beschluss..... 4356

**Namentliche Abstimmung zum Dringlichkeits-
antrag** der Abgeordneten

Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Christian Meiß-
ner u. a. und Fraktion (CSU),
Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto
Bertermann u. a. und Fraktion (FDP)

**Linksextremismus wirksam entgegentreten!
(Drs. 16/5211)**

(Aussprache siehe Plenarprotokoll 16/51
vom 23. Juni 2010)

Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 3)..... 4356

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen
Abstimmung 4358

Gesetzentwurf der Abgeordneten

Georg Schmid, Reinhold Bocklet, Thomas Kreuzer
u. a. und Fraktion (CSU),

Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Harald
Güller u. a. und Fraktion (SPD),

Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl
und Fraktion (FW),

Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde
u. a. und Fraktion (FDP)

**zur Änderung des Parlamentsinformationsge-
setzes (Drs. 16/4718)**

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des

Verfassungsausschusses (Drs. 16/5403)

Prof. Ursula Männle (CSU)..... 4356

Franz Schindler (SPD)..... 4357

Florian Streibl (FW)..... 4357

Jörg Rohde (FDP)..... 4358

Beschluss..... 4358

Schlussabstimmung..... 4358

Schluss der Sitzung..... 4358

(Beginn: 14.01 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 52. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahme genehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, spreche ich zwei Geburtstagsglückwünsche aus. Am 4. Juli feierte Kollege Hans Herold einen halbrunden Geburtstag,

(Allgemeiner Beifall)

und heute hat Herr Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Staatsminister Zeil, Sie werden ihm die Glückwünsche und den Beifall mitteilen.

Ich wünsche den Geburtstagskindern im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und viel Erfolg für ihre parlamentarischen Aufgaben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion der Freien Wähler
"Verkürzung von Wehr- und Zivildienst - Auswirkungen auf das Sozialsystem"**

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen.

Wir kommen nun zur Aussprache. Als Erster hat Herr Kollege Hubert Aiwanger das Wort.

Hubert Aiwanger (FW): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute das Thema "Auswirkungen des verkürzten Wehr- und Zivildienstes auf das Sozialsystem" auf der Tagesordnung. Das Thema hat sich von der Öffentlichkeit anscheinend unbemerkt im Hintergrund aufgebaut. Jetzt lesen wir in großen Lettern die Äußerungen der Sozialverbände: "Ratlosigkeit", "Planungssicherheit verloren gegangen", "Wir wissen nicht, wie es weitergeht".

Am 17. Juni, einem eigentlich historischen Tag, hat die schwarz-gelbe Bundesregierung den Wehrdienst in einer Nacht-und-Nebel-Aktion von neun auf sechs Monate verkürzt. In früheren Jahren wäre man am 17. Juni auf andere Ideen gekommen, als den Wehrdienst zu verkürzen. Man hat dies von der Öffentlichkeit unbemerkt durchgezogen.

Aber jetzt stellen wir fest: Familienministerin Schröder will die Auswirkungen auf den Zivildienst prüfen lassen. Meine Damen und Herren, man beschließt erst etwas, und wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, beginnt man, sich mit den Auswirkungen zu beschäftigen. Normalerweise bemüht man sich, sich im Vorfeld darüber Klarheit zu verschaffen, worauf eine Maßnahme hinauslaufen könnte. Im Vorfeld muss man mit den Betroffenen sprechen.

Dazu gehört einmal die Bundeswehr. Vor wenigen Tagen hatten wir Gelegenheit, beim Reservistenverband in Ingolstadt das fünfzigjährige Bestehen zu feiern. Auch dort herrscht über alle Ränge hinweg Ratlosigkeit. Dort herrscht die Aussage vor: Sechs Monate Wehrpflicht sind nicht zielführend; diese Bundeswehr funktioniert nicht mehr; das ist der Einstieg in den Ausstieg aus der Wehrpflicht.

Das Ende ist vielleicht eine Berufsarmee. Aber auch diese ist nicht vordiskutiert, wird aber ganz gezielt angesteuert. Das wäre eine Bundeswehr in Form einer Berufsarmee, die am Ende mehr kosten wird und in deren Reihen man nicht mehr den breiten Querschnitt der Bevölkerung finden wird. Damit wird zumindest ein großes Risiko eingegangen, die Verortung in der Bevölkerung zu verlieren. Zudem besteht - ich hoffe, dieser Kelch wird an uns vorübergehen - zumindest die Gefahr, dass sich Schwarz-Gelb zum Totengräber der Wehrpflicht in Deutschland gemacht hat.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Das geschieht zu einem Zeitpunkt, zu dem wir auch vor internationalen Herausforderungen stehen und nicht wissen, wie es weitergeht. Aus der Bundeswehr kommt die klare Aussage: Diese Situation halten wir auf Dauer nicht aus; das ist mit uns nicht abgesprochen; das ist keine Perspektive.

Genauso hören wir auf der anderen Seite bei den Sozialverbänden: Bei uns besteht Ratlosigkeit; wir wissen nicht, was übermorgen kommt. Sollen wir überhaupt noch auf Zivildienstleistende setzen? Oder sollen wir auf mehr Hauptamtliche umschalten? Kommt vom Bund irgendeine Kompensation, um die zu erwartenden Kostensteigerungen aufzufangen?

Diese Fragen stehen unbeantwortet im Raum. Man hat, wie gesagt, in einer Nacht-und-Nebel-Aktion

etwas beschlossen, ohne sich mit den Auswirkungen auseinandergesetzt zu haben.

In Bayern haben wir etwa 6.000 bis 10.000 Zivildienstleistende eingesetzt. Die Zahl variiert im Jahresablauf. Die Zivildienstleistenden sind in vielen Pflegeverbänden, beim Roten Kreuz, bei der Caritas, bei Paritätischen Wohlfahrtsverbänden und dergleichen mehr, eingesetzt. Diese Leute haben heute keine Zukunftssicherheit. Vor allem in den Führungsetagen wird überlegt, wie es weitergehen soll. Diese Frage muss von einer Regierung beantwortet werden. Man lässt sich momentan aber treiben. Man hat keine Pläne.

Die Auswirkung wird sein, dass gerade im Alten- und Pflegebereich viele Einsatzgebiete wegfallen, die momentan das Leben in solchen Einrichtungen menschlicher gemacht haben. Dabei denke ich an die persönliche Ansprache und die persönlichen Kontakte, die über das normale Anziehen und Füttern hinausgehen. Entschuldigen Sie diese Dramatik in meinen Aussagen. Durch das, was ich sagte, ist das Dasein für viele erst menschenwürdig geworden.

Dazu braucht es auch eine gewisse Dauer der Betreuung. Es darf nicht ein ständiges Wechseln der Bezugspersonen stattfinden. Ein Wechseln der Bezugspersonen ist gerade in diesem sensiblen Bereich, in dem es auch um Rücksichtnahme auf Schamgefühle und dergleichen geht, ein nicht zu unterschätzender Störfaktor. Wenn man die Zivildienstleistenden in solchen Bereichen in einem Rhythmus von wenigen Wochen auswechselt, weil deren Einsatzzeit so kurz ist, dann führt das am Ziel vorbei.

Reihum hören wir Kritiken. Es wird gesagt: Es lohnt sich gar nicht mehr, diese Leute auszubilden, gerade auch im Rettungsbereich, wo man sechs Wochen oder länger ausgebildet werden muss, um überhaupt vernünftig eingesetzt zu werden. Denn wenn solche Leute gerade ihre Ausbildung hinter sich haben, werden sie schon wieder entlassen.

Die Verkürzung des Wehr- und Zivildienstes ist in meinen Augen also nur eine Zwischenstufe bis zur völligen Abschaffung der Bundeswehr als Wehrpflichtarmee und zur Abschaffung des Zivildienstes.

Es mag Wirtschaftskreise geben, die uns vorrechnen - wie sie uns ja alles vorgerechnet haben, wie sie uns die Investments in Amerika vorgerechnet haben -, wie gut es für die Volkswirtschaft ist, wenn wir diese Leute sofort in reguläre Arbeitsverhältnisse bringen, wenn wir sie vollumfänglich bezahlen, weil dann mit dem erwirtschafteten Bruttosozialprodukt der Sozialbereich finanzierbar wäre. Aber diese Rechnung ist eine Milchmädchenrechnung, weil viele Dienstleistungen dann gar nicht mehr abgewickelt werden. Das ist auch

deshalb eine Milchmädchenrechnung, weil die Kosten auf die Kommunen durchschlagen werden; denn die Kommunen als Träger vieler Sozialverbände werden gezwungen, diese Leistungsbereiche selber abzudecken. Wenn der Zivildienst wegfällt, fällt auch dieser Bereich weg. Die Kommunen müssen tiefer in die Tasche greifen, und parallel dazu sinkt die Betreuungsqualität.

Das ist auch deswegen keine vollständige Rechnung, weil man die sozialen Faktoren nicht schwarz auf weiß erfassen kann. Ich bin davon überzeugt, dass dieser gesellschaftliche Sektor völlig wegbrechen wird - und das in einer Zeit, in der die immer stärkere Individualisierung kritisiert wird, in der kritisiert wird, dass sich der Einzelne immer mehr zurückzieht und sich nicht mehr für die Gesellschaft verantwortlich fühlt. Man redet stattdessen dem Shareholder Value das Wort, die Oma soll ein anderer pflegen, und die Leute, die jetzt vielleicht einige Monate früher ins Arbeitsleben eintreten, werden später, wenn sie selber Senioren sind, feststellen, dass sie nur noch als Nummer und Kostenfaktor behandelt werden. Diese Leute werden dann keine Zuneigung mehr erfahren, weil die Bezugsperson fehlt.

Es ist gerade in dieser Zeit nötig, eine Verantwortungsgemeinschaft aufzubauen, statt die vorhandenen Elemente noch zu zerstören. Zu dieser Verantwortungsgemeinschaft gehört fast seit Beginn der Bundesrepublik der Wehrgedanke. Das bedeutet, dass junge Leute bereit sind, ihre Gesellschaftsordnung zu verteidigen. Es wird immer notwendiger, solche Menschen zu haben, weil die Zahl der internationalen Einsätze zunimmt. Die Berufsarmee rekrutiert sich erfahrungsgemäß aus den Wehrpflichtigen. Wenn die Wehrpflichtigen wegfallen, werden wir massive Probleme haben, die Verteidigungsfähigkeit überhaupt noch aufrechtzuerhalten.

Sozialkompetenz erwirbt man, wenn man nach einem zugegeben anstrengenden Schulleben, bevor man das Studium aufnimmt, ins Arbeitsleben eintritt oder in die große weite Welt hinausgeht, bereit ist, andere Bereiche kennenzulernen. Hinzu kommt, dass es die Großfamilie, in der die Oma noch zu Hause gepflegt wird, nicht mehr gibt und somit die jungen Menschen die Pflege nicht mehr kennen. Der Pflegebereich ist aber wichtig, und es ist auch wichtig, dass die Söhne und Töchter von Direktoren die sozialen Dienste kennenlernen und in Altersheimen arbeiten. Auch die Söhne und Töchter von Direktoren sollten im sozialen Bereich gearbeitet haben und einige wenige Monate ihres Lebens darauf verwenden, für die Gesellschaft zu arbeiten. Das wird ihr gesamtes Leben prägen.

Vor diesem Hintergrund ist ernsthaft zu überlegen, ob wir einfach so weitermachen, das Ende abwarten und im Herbst irgendeinen Beschluss fassen oder ob wir - das ist längst überfällig - in eine gesamtgesellschaftliche Debatte darüber eintreten, was wir überhaupt wollen. Diese Debatte ist bisher nicht geführt worden, und ich befürchte, dass demnächst Entscheidungen fallen werden, ohne die Bundeswehr, die Sozialverbände oder die Öffentlichkeit befragt zu haben. Es ist ernsthaft darüber nachzudenken, ein verpflichtendes soziales Jahr für alle einzuführen, wobei sich der Einzelne überlegen kann, ob er seinen Dienst in der Bundeswehr oder im sozialen Bereich, zum Beispiel bei der Caritas oder beim Roten Kreuz, ableistet. Ob der Dienst zwölf Monate dauern oder ob es fachbezogene Abstufungen geben wird, wird zu klären sein. Diese Diskussion muss geführt werden. Wir, die Freien Wähler, wollen den Anstoß dazu geben. Wir wollen die Bayerische Staatsregierung dazu aufrufen, sich zu überlegen - lieber spät als nie -, welche Auswirkungen diese Politik auf die Sozialverbände in Bayern hat. In einem weiteren Schritt müssten die Überlegungen - das ist eine zweite Baustelle - auf die Auswirkungen auf Bundesebene ausgedehnt werden. Frau Haderthauer, haben wir diesbezüglich Pläne oder nicht?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster Redner hat Herr Kollege Oliver Jörg das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Oliver Jörg (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Aiwanger, wir reden heute über die Verkürzung der Wehr- und Zivildienstzeit. Es scheint, als hätten Sie die Debatten der letzten Monate überhaupt nicht verfolgt, wenn Sie davon sprechen, in einer Nacht- und Nebel-Aktion sei die Wehr- und Zivildienstzeit verkürzt worden. Das ist völliger Quatsch.

Ich komme zum Thema: Sie tun so, als ob die Zivildienstleistenden - ich will deren Verdienst überhaupt nicht schmälern; denn auch ich habe Zivildienst geleistet und weiß daher, was das bedeutet - im Freistaat Bayern die gesamten sozialen Leistungen in den sozialen Einrichtungen erbringen würden. Sie tun so, als breche alles zusammen, wenn die Dienstzeit verkürzt würde. Das ist völliger Quatsch.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie wissen ganz genau, dass die hauptamtlichen Kräfte, die in unseren sozialen Einrichtungen tätig sind, die Hauptsäule sind und die Leistungen erbringen.

(Hubert Aiwanger (FW): Das habe ich nie bestritten!)

Ich will nicht bestreiten, dass wir über den Zivildienst oder den Ausbau des Freiwilligen Sozialen Jahres diskutieren müssen. Wir dürfen auch darüber nachdenken, ob es in der Zukunft vielleicht ein verpflichtendes Jahr geben sollte. Auf jeden Fall müssen wir darüber sprechen, wie wir junge Menschen für den Dienst am Nächsten in sozialen Einrichtungen begeistern können. Wir alle stimmen wahrscheinlich darin überein, dass es wichtig ist, dass junge Menschen einen Einblick in unsere sozialen Systeme bekommen und aus eigener Anschauung wissen, was hinter den Türen unserer Pflegeheime und Behinderteneinrichtungen geleistet wird. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir genügend Instrumente haben, um das Freiwillige Ökologische und Soziale Jahr fortzuentwickeln.

(Tanja Schweiger (FW): Ein politisches hätten wir gerne gehabt!)

- Das ist ein kleines Element. Denken Sie doch etwas globaler. Sie schlagen immer nur ein politisches Jahr vor.

(Beifall des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Warum schlagen Sie nicht eine Ausweitung auf den kulturellen Bereich vor? Sie schlagen immer nur ein Element vor.

(Hubert Aiwanger (FW): Das können Sie vorschlagen!)

- Wenn wir etwas machen, dann machen wir einen größeren Wurf.

(Hubert Aiwanger (FW): Das kennen wir!)

Wir werden insgesamt das Freiwillige Ökologische Jahr weiterentwickeln. Sie können uns ruhig vertrauen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir werden weit mehr als nur ein politisches Jahr bieten. Ich habe den Verdacht, dass die Freien Wähler mit ihrer Forderung nach einem politischen Jahr nur die Unterstützung der Öffentlichkeit suchen. So etwas machen wir nicht mit.

(Beifall des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Ich komme zurück zur Verkürzung der Wehr- und Zivildienstzeit. Das ist in der Tat eine Herausforderung für unsere Sozialverbände und für die Politik. Wir müssen darüber nachdenken, wie es nach der Verkürzung weitergeht. Ich möchte Sie alle einladen, sich

an der Diskussion darüber zu beteiligen, und freue mich auf die weiteren Ausführungen der nachfolgenden Redner unserer Fraktion.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwan-ger (FW): Das war schwach! Ich habe gedacht, jetzt kommt noch etwas!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster Redner hat Herr Kollege Dr. Beyer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf meinen Ausführungen zwei Klarstellungen voranstellen. Erstens. Wir alle wissen, dass der Zivildienst ein Ersatzdienst ist, dessen Existenz davon abhängig ist, dass es einen Wehrdienst gibt, der nach seiner jetzigen Konzeption junge Männer zum Dienst verpflichtet. Zweitens. Zivildienstleistende - das ist ein klares Wort - sind keine billigen Arbeitskräfte, und sie dürfen das auch nicht sein.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Die Sozialministerin hat das auf der ConSozial 2009 in ihrer manchmal unnachahmlichen Art wie folgt zusammengefasst: "Die Träger haben keinen Anspruch auf Zivis." Das war ein lockerer Spruch, der uns aber nicht davon abgehalten hat, in der Zeit danach sehr konstruktiv über dieses Problem zu reden. Ich darf sagen - es wäre schön, wenn das berücksichtigt würde; das sage ich auch in Richtung von Herrn Jörg -, dass es zum Schluss eine einvernehmlich Haltung des Staatsministeriums und der Wohlfahrtsverbände gegeben hat. Diese Klarstellungen sollen uns aber nicht davon abhalten, den Blick auf die soziale Wirklichkeit in diesem Land zu richten. Wenn man die Szene wirklich kennt, muss man feststellen: Der Zivildienst ist in seiner bisherigen Form als - ich betone - ergänzende Unterstützung der Fachkräfte im sozialen Sektor derzeit nicht zu ersetzen. Der Wegfall - das ist die Konsequenz daraus - wird zu erheblichen Einbußen in der sozialen Betreuung von älteren, von behinderten und kranken Menschen führen.

Zivildienstleistende - ich betone noch einmal: in diesen Funktionen - aus Kostengründen durch hauptamtliche Kräfte zu ersetzen, ist angesichts der Rahmenbedingungen illusorisch. Im Mobilien Sozialen Hilfsdienst könnten viele Hilfstätigkeiten, Einkaufshilfen, Besuchsdienste, Hilfen im Haushalt älterer Menschen, dann eben nicht mehr angeboten werden. Zusätzliche Zeit von Zivildienstleistenden im Heim ist zusätzliche Zeit für menschliche Zuwendung, für die Betreuung, die dem hauptamtlichen Personal wegen der Rahmenbedingungen nicht zur Verfügung steht. Hilfebedürftige alte Menschen und die Schwachen der

Gesellschaft, die auf soziale Hilfen besonders angewiesen sind, werden jedenfalls die Leidtragenden eines ersatzlosen Wegfalls, einer ersatzlosen Zerschlagung des Zivildienstes sein.

Ein oft vergessener Gesichtspunkt: Der Zivildienst ist nicht nur dem Gesetz nach ein Lerndienst, sondern er ist es auch in der Praxis. Gerade viele junge Männer haben hier die einzige Möglichkeit, mit dem sozialen Bereich in Kontakt zu kommen, Erfahrungen zu sammeln und diesen Bereich hierdurch auch als Arbeitsplatz für sich zu entdecken. - Herr Jörg nickt. Er kennt dieses Argument, das in der Tat richtig ist. Entfällt der Zivildienst, dann entfällt die Möglichkeit für junge Männer, sich auch diesen Themen widmen zu können, und hinterher wird in verstärktem Maße beklagt, dass männliche Arbeitskräfte im sozialen Bereich unterrepräsentiert sind.

Vielleicht liegt unter anderem auch darin der Schlüssel dafür, dass heute schon ein Drittel der Zivildienstleistenden sagen, sie würden den Dienst gern länger ausüben. Insofern ist die Möglichkeit einer freiwilligen Verlängerung anlässlich der Verkürzung eine richtige Maßnahme, die aber bisher schwer durchzusetzen war.

Herr Jörg setzt stark auf die Freiwilligendienste. Das ist eine gute, eine schöne Hoffnung, aber sie ist in der gegenwärtigen Form aus meiner Sicht mit großer Skepsis behaftet. Der bestehende Freiwilligendienst kann unter anderem wegen der finanziellen Rahmenbedingungen den Zivildienst nicht ersetzen. Ich sage Ihnen eines: Dass Schwarz-Gelb bereit wäre, das Geld, das man bei der Einstellung des Zivildienstes spart, in den Ausbau der Freiwilligendienste zu stecken, glaube ich Ihnen nicht, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Zu § 14 c, also der Möglichkeit des Freiwilligen Sozialen Jahres statt des Zivildienstes, hat Herr Schäuble sofort einen Teil der eingestrichenen Mittel für seinen Haushalt vereinnahmt. - Frau Meyer, das ist die Wahrheit. Das heißt also: Ein Ersatz des Zivildienstes durch die Ausweitung eines freiwilligen Sozialdienstes muss mit einer Veränderung der Strukturen, auch der finanziellen Mittel, einhergehen. Er muss mit größerer Anerkennung für die Zivildienstleistenden bzw. die dann Freiwilligen im Hinblick auf finanzielle und gesellschaftliche Anerkennung verbunden sein. Ich habe es Ihnen schon einmal gesagt: Ich glaube Ihnen nicht, dass Sie bereit sind, mit der qualitativen Veränderung der Freiwilligendienste Ernst zu machen, dass Schwarz-Gelb bereit ist, dafür die Strukturen zu schaf-

fen und das Geld in die Hand zu nehmen. Das heißt, ich sehe hier keinen Ersatz.

Die Auswirkungen einer Verkürzung oder gar eines Wegfalls des Zivildienstes auf den sozialen Sektor, das ist die Fragestellung, die uns die Freien Wähler aufgegeben haben. Wir sagen: Sie werden gravierend sein, auch weil die Bundesregierung dabei so handelt, wie wir sie nunmehr seit fast einem Jahr erleben: erstens zu entscheiden, ohne ein tragfähiges Konzept zu haben, zweitens ohne ausreichende Finanzmittel für das bereitzustellen, was man angeblich anstrebt, und drittens ohne Rücksicht auf die soziale Balance in diesem Land. Deshalb sehen wir diese durch Herrn Guttenberg angestoßene Diskussion mit großer Skepsis. Ich finde es bedauerlich, dass man auch über den Wehrdienst letztlich aus Gründen der Kosteneinsparung diskutiert. Im sozialen Sektor lehnen wir das völlig ab, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächste hat Frau Kollegin Maria Scharfenberg das Wort.

Maria Scharfenberg (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die gegenwärtige chaotische Wehrpflichtdiskussion ist ein Spiegelbild der schwarz-gelben Koalition in Berlin. Das muss man einfach so sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vor den Koalitionsverhandlungen hat die FDP noch die Abschaffung der Wehrpflicht gefordert, und die Unionsparteien wollten unbedingt alles beibehalten. Die jetzt beschlossene Verkürzung ist ein fauler Kompromiss, weil sie weder für mehr Gerechtigkeit noch für klare Verhältnisse sorgt und dies weder für die Betroffenen noch für die Träger, die Zivildienststellen anbietet. Wenn die Dienstdauer so kurz ist, wie jetzt beschlossen, stellt das das ganze System infrage, weil die Einarbeitungszeit für beide Systeme, für den Wehrdienst und für den Zivildienst, zu kurz ist. Das ist für die Gesellschaft nicht in Ordnung.

Klar ist: Seine rechtliche Legitimation erhält der Zivildienst als Wehersatzdienst. Zivildienst ist Ersatz für Wehrdienst. Folglich muss seine Dauer der Dauer des Wehrdienstes entsprechen. - Also sechs Monate und sechs Monate. Gegen einen sechsmonatigen Zivildienst wehren sich aber die Zivildienstträger massiv. Wegen der Einarbeitungszeit etc. fordern Sie eine längere Dienstzeit. Die Zivildienstleistenden erhalten die Option, ihren Dienst freiwillig um bis zu sechs Monate zu verlängern. Das hat man ihnen jetzt zugestanden.

Die koalitionsinternen Streitereien waren noch nicht ganz verstummt und der halbherzige Gesetzentwurf auf dem Tisch, da überraschte der Bundesverteidigungsminister nicht nur die eigene Partei, sondern auch die Opposition mit dem Vorschlag, die Bundeswehr nicht nur zu verkleinern, sondern auch die Wehrpflicht auszusetzen. Das bedeutet dann natürlich auch, dass der Zivildienst ausgesetzt wird.

Jetzt wird ergebnisoffen geprüft, wie es mit der Bundeswehr weitergehen soll. In der öffentlichen Diskussion bleibt zu Guttenberg dabei - das haben wir kürzlich noch am Fernseher gehört -, dass die Bundeswehr angesichts der knappen Ressourcen auf die Wehrpflicht verzichten muss. Dennoch hält die Bundesregierung sozusagen im Vorgriff daran fest, die Wehrdienstverkürzung und damit auch die Verkürzung des Zivildienstes durchzuführen. Es wurde also zunächst einmal etwas Halbherziges beschlossen, nämlich das Ganze ein bisschen zu reduzieren, und anschließend wird jetzt noch geprüft, wie es überhaupt weitergehen soll. Na bravo, meine Damen und Herren von CSU, CDU und FDP! Klasse, was Sie gemacht haben!

(Alexander König (CSU): Was schlagen Sie denn vor, Frau Scharfenberg?)

- Wissen Sie, was ich vorschlage? Ich schlage vor, die Wehrpflicht ganz abzuschaffen,

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

den Zivildienst folgerichtig auch und das gesamte soziale System zu überdenken. Wie kommt es denn, dass wir kaum noch auf die Zivildienstleistenden verzichten können? Fakt ist doch, dass ein Zivi alleine eine Behindertengruppe im Dienst führen, leiten und beaufsichtigen muss. Das geht doch nicht. Wir nutzen die Zivis in unserem Sozialsystem aus. Warum nutzen wir sie aus? Weil wir nicht für das zahlen wollen, was notwendig wäre. Wir brauchen also eine Reform unseres Sozialsystems sowie den Ausbau von Freiwilligendiensten und von bürgerschaftlichem Engagement. Die Befürchtung, das Ende der Wehrpflicht führe zum Zusammenbruch unseres Sozialsystems, lässt sich nicht als Argument für die Beibehaltung der Wehrpflicht heranziehen. Das eine kann man nicht vom anderen abhängig machen.

Deswegen sagen wir: Wir brauchen Impulse für unsere Zivilgesellschaft, Perspektiven für Freiwilligendienste und Zivildienste in Deutschland. Wir hatten das im Jahr 2004 schon einmal auf der Tagesordnung. Damals gab es einen Bericht, und es hieß, dass man sich nun wirklich einmal etwas analog zum Zivildienst überlegen müsse. Man hat gesagt, in diesem System müsse man im Grunde auf die Dienstleistungen der

Zivildienstleister verzichten können. Das hat man im Bundestag im Grunde negiert. Aber eines steht schon lange fest: Solange die Wehrpflicht noch existiert und damit auch der Zivildienst weiterhin Bestand hat, muss der Einsatz der Zivildienstleistenden arbeitsmarktneutral sein. Darauf hatten wir uns einmal geeinigt. Wir politischen Verantwortlichen sollten uns den Realitäten stellen und an der Kultur einer selbstverständlichen Freiwilligkeit mitarbeiten. Ich möchte wirklich keinen dazu verpflichten, dass er im Altenheim pflegt, wenn er gar keine Lust dazu hat und es nur tut, weil er hierzu herangezogen wurde. Ich hätte wirklich große Bedenken, so etwas zu unterstützen.

Deswegen sagen wir: Diese sozialen Dienste dürfen nur auf der Grundlage der Freiwilligkeit erfolgen. Das sind wir unseren Wählerinnen und Wählern schuldig. Das sind wir auch unserem System schuldig. Auch dürfen wir dies nicht vom Alter abhängig machen. Es können durchaus auch ältere Leute sein. Es gibt so viele Leute, die sich engagieren wollen. Diese können in unserer Gesellschaft viel auffangen. Im Zuge der demografischen Entwicklung müssen wir uns überlegen, wie wir damit umgehen. Wir können viele Leute einbinden; aber dann muss es gerecht zugehen und es kann nicht so sein, dass es ein ungerechtes System gibt, so wie wir es heute haben. Zwei Drittel der jungen Leute werden nicht eingezogen, ein Drittel muss zur Wehrpflicht. Das geht nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Tobias Thalhammer das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zur politischen Bewertung und zu Lösungsvorschlägen komme, erlauben Sie mir ganz kurz die Fragestellung der Freien Wähler und die Gedanken von Herrn Kollegen Aiwanger überhaupt erst einmal ein bisschen zu sortieren.

Ich gehe davon aus, wenn Sie vom Sozialsystem sprechen, dass Sie nicht die Arbeitslosenversicherung, sondern die fehlenden Kräfte der Zivildienstleistenden im Krankenhaus und im Pflegebereich meinen. Wenn Sie das Sozialsystem in einem Atemzug mit der Wehrpflicht nennen und in diesen Atemzug auch noch den Zivildienst aufnehmen, muss ich schon einmal feststellen, dass es keinen kausalen Zusammenhang zwischen dem Wehrdienst und den Sozialleistungen in Krankenhäusern oder in der Pflege gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das ist etwas ganz Grundsätzliches und Sachliches.

Der Wehrdienst bemisst sich einzig und allein an der sicherheitspolitischen Lage,

(Hubert Aiwanger (FW): An der Kassenlage!)

- Sie waren ja auch beim Reservistenempfang -, nicht an der Kassenlage. Das hat auch unser Ministerpräsident richtigerweise festgestellt. Der Wehrdienst bemisst sich auch nicht an den Wünschen der Wohlfahrtsverbände und auch nicht am Sozialsystem. Die Diskussionsgrundlage ist einzig und allein die Wehrpflicht, und der Zivildienst, so wie wir es auch gehört haben, ist ein Ersatzdienst für die Wehrpflicht.

Jetzt zur politischen Bewertung, Herr Kollege Aiwanger. Es gibt keinen sachlichen Grund zur Aufrechterhaltung der Wehrpflicht. Es gibt keinen sachlichen Grund zur Aufrechterhaltung eines Relikts aus dem Kalten Krieg. Befürworter geben immer wieder Ersatzargumente an, die sich aber auch nicht als stichhaltig erweisen. Aus Zeitgründen kann ich nur einige nennen: Ein erstes falsches Argument ist, die Wehrpflicht würde für die Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft sorgen.

(Hubert Aiwanger (FW): Mit so was koaliert ihr?)

Dieses Argument, liebe Kollegen, ist gleich doppelt falsch. Zum einen werden eh nur 18 % unter sehr fragwürdigen Umständen eingezogen, zum anderen sind die Wehrpflichtigen nur ein geringer Teil unserer Soldatinnen und Soldaten. Genauer gesagt empfinde ich es sogar als eine Beleidigung für unsere Zeit- und Berufssoldaten, so etwas zu unterstellen. Denn es gibt in unserer Bundeswehr nicht den geringsten Hinweis auf einen Staat im Staate.

Zweites falsches Argument: Ohne Wehrpflicht hätte die Bundeswehr Nachwuchsprobleme. Ich gestehe zu, dass es einfacher ist, entsprechend Zeit- und Berufssoldaten zu gewinnen. Aber auch das ist kein Argument dafür, Freiheitsrechte junger Menschen einzuschränken.

Die Bundeswehr muss ganz einfach attraktiver werden, völlig unabhängig von der Wehrpflichtdiskussion, um im Vergleich mit anderen Arbeitgebern Bestand haben zu können. Ein weiteres Fehlargument, das angeführt wird - und ich glaube, darauf beruht Ihre aktuelle Fragestellung - ist, dass quasi ohne Wehrpflicht der Zivildienst zusammenbrechen würde. Ich sage es noch einmal: Der Ersatzdienst ist eingeführt worden als Alternative zur Wehrpflicht. Es ist hochgradig paradox, Herr Kollege Aiwanger, wenn nun der Ersatz die Begründung dafür liefern muss, dass wegen des Bedarfs an Ersatz am originären Dienst festgehalten werden soll. Das ist keine logische Gedankenkette.

(Tanja Schweiger (FW): Aber sicher!)

Wir wollen jetzt kurz, weil das, glaube ich, der Sinn Ihrer Fragestellung war, die ein bisschen wischiwaschi daherkam, die Auswirkungen auf den Bereich der Pflege und der Gesundheit benennen.

Zum einen ist festzustellen, dass Zivildienstleistende - dafür können sie nichts, aber es ist nun einmal so - in einem Konkurrenzverhältnis zu Krankenschwestern und Krankenpflegern stehen. Ich persönlich verstehe überhaupt nicht, weshalb beispielsweise ein privater Klinikbetreiber Anspruch auf staatlich subventionierte Arbeitskräfte hat. Das war für mich noch nie einleuchtend, und ich glaube, hier haben wir auch Handlungsbedarf.

Es ist generell die Frage, dass wir nicht die Zwangsdienste, wie Sie von den Freien Wählern - auch hier ist ein gewisser Widerspruch -, in den Fokus rücken sollen, sondern dass wir die Freiwilligendienste stärken müssen. Herr Kollege von der SPD, die schwarzgelbe Koalition auf Bundesebene hat sich sehr wohl für die Stärkung der Freiwilligendienste eingesetzt. 1 Million Euro mehr Haushaltsmittel wurden bereitgestellt, um 1.100 mehr Freiwilligendienste zu ermöglichen.

Wir müssen uns um das Freiwillige Soziale Jahr kümmern. Ich nenne im selben Atemzug das Freiwillige Ökologische Jahr, und ich stelle fest, dass es schon ein Potenzial an Freiwilligendiensten gibt, um die Pflichtdienste langfristig zu ersetzen. Ich glaube nicht an die Engpässe, wie es immer heißt. Denn es gibt mehr potenzielle Freiwillige als Zivildienstleistende in Deutschland. 85.000 Jugendliche bewerben sich für einen Platz im Freiwilligendienst, und nur jedem Dritten, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird ein Platz angeboten.

Ich komme zum Schluss und möchte noch einmal kurz sagen, was die eigentliche Fragestellung der Aktuellen Stunde gewesen wäre, die aus Ihrer Fragestellung und aus Ihren Wortbeiträgen nicht ganz klar wurde. Wir müssen uns als Politiker darum kümmern, wie wir das freiwillige Engagement gesellschaftlich und politisch stärker würdigen können. Die schwarzgelbe Koalition hier in Bayern wird Ihnen dazu Vorschläge offerieren.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Hubert Aiwanger (FW): Ja wann denn? Noch vor 2013 oder nachher?)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Imhof das Wort.

Hermann Imhof (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich vermute einmal, dass die meisten von uns über die Jahre hinweg einen Einblick und einen Eindruck gewonnen haben, was Zivildienstleistende in unserem Land leisten. Ich möchte, ohne das zu überziehen, schon behaupten, sie leisten etwas ganz Bedeutendes in unserer bayerischen sozialen Landschaft, wo immer sie tätig sind. Sie können die kirchlichen Träger nehmen; ich sehe auch den Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt Bayerns. Es ist meines Erachtens keine Frage, über Stellenwert und Bedeutung des Zivildienstes zu reden. Wann immer Sie die Chance haben - ich glaube, Sie haben sie fast alle genutzt -, einen Rollentausch ernst zu nehmen - das machen die allermeisten oder überhaupt alle -, Sie bekommen diesen Einblick, ob Sie sich sechs Stunden, einen Tag oder auch zwei Tage im Krankenhaus aufhalten, in der Altenpflege, auch im Behindertenbereich, wo es mir sehr stark aufgefallen ist, oder auch beim BRK. Wenn junge Menschen das Essen auf Rädern mittags pünktlich in einer liebenswerten Art und Weise bringen, dann kann man sich vorstellen, dass Zivildienstleistende in unserer Gesellschaft tatsächlich einen hohen Stellenwert haben.

Ich selbst stelle am Anfang, wenn ich mit den Zivildienstleistenden spreche, etwas Unsicherheit fest: Was ist die eigentliche Motivation? Die Sorge: Geht es gut? Aber im Nachhinein, natürlich schon in der Arbeit selbst, erlebe ich hoch motivierte Menschen, die sagen: Diese Zeit hat mir sehr viel gebracht. Sie hilft mir, die eigene Entwicklung zu fördern, mich weiterzubilden in der sozialen Persönlichkeitsentwicklung und immer wieder auch Berufsorientierung für das Leben später im sozialen Bereich zu gewinnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die Menschen in den Einrichtungen - darüber brauche ich jetzt gar nichts zu berichten - schätzen es ungemein, wenn die jungen Leute vor Ort für sie da sind. Es ist von den Vorrednern schon gesagt worden, vor allem weil uns in der Gesellschaft diese unmittelbare Zuwendung fehlt, das Zuhören, das viele Profis nicht mehr leisten können, weil sie mit vielen anderen professionellen Aufgaben, der Fachpflege zum Beispiel, beschäftigt sind. Insofern hat der Zivildienst eine große Bedeutung. Das muss man an dieser Stelle ganz deutlich sagen.

Ich möchte auch einen Dank an die Träger richten, an alle, weil ich persönlich der Meinung bin, sie tun ungeheuer viel, um den Unterschied darzustellen, was ein Zivildienstleistender leisten soll und darf, also eben nicht die Lückenbüßerfunktion wahrnehmen, sondern ganz gezielt, maßgeschneidert, passgenau mit den

Menschen arbeiten. Gleichzeitig investieren diese Träger eine Menge Geld, damit die jungen Leute das können, durch Fort- und Weiterbildung usw.

Ich persönlich glaube - und sage das ganz offen -, dass wir ein Stück weit Skepsis beibehalten müssen, wenn jetzt diese Zeit reduziert wird. Denn selbst wenn das bürgerschaftliche Engagement, was mich gesellschaftspolitisch beeindruckt, schon so weit im Bewusstsein der jungen Leute ist, dass sich etwa ein Drittel, also etwa 30.000, bereit erklären, von diesem Angebot des Freiwilligen Dienstes nach der offiziellen Zivildienstzeit Gebrauch zu machen, ist es wichtig, dass die Politik für entsprechende Rahmenbedingungen - finanzielle Anreize - sorgt.

Was passiert mit der Lücke? Was passiert mit den Freiwilligendiensten in der Republik? Hierzu müssen die Träger ihre Vorstellungen äußern. Wie können es die Träger schaffen, die Freiwilligendienste so zu gestalten, dass die Lücke nach der Zivildienstzeit überbrückt wird? Hier müssen wir genau hinsehen. Wir sollten unsere Kreativität und unser Engagement nutzen, um das bürgerschaftliche Engagement zu festigen und auszubauen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Stachowitz das Wort. Bitte schön.

Diana Stachowitz (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion zu diesem Thema überrascht mich. Die Argumente, die von der CSU- und der FDP-Fraktion in Bezug auf die Gerechtigkeit und die Freiheit vorgetragen worden sind, lassen mich stutzen. Genügend junge Männer werden nicht eingezogen, da sie nicht gebraucht werden. Andere junge Männer müssen den Zivildienst absolvieren, andere wollen den Zivildienst absolvieren und wieder andere gehen zur Bundeswehr, um dort ihren Dienst zu leisten. Gerechtigkeit ist in diesem Zusammenhang nicht festzustellen. Das ist gerade gegenüber denjenigen jungen Menschen, die ein Freiwilliges Soziales Jahr absolvieren, nicht gerecht. Das Freiwillige Soziale Jahr wird den Trägern schlechter finanziert. Das ist nicht gerecht. Eine freiwillige soziale Leistung muss sowohl für die Träger als auch für diejenigen, die diese Erfahrung machen, gleichberechtigt finanziert werden.

Im Pressespiegel habe ich gelesen, dass die jungen Menschen ein solches Jahr benötigten, damit sie Bildung erfahren. Schade, der Kultusminister geht gerade. Warum erfahren unsere Kinder Bildung nicht umfassend in der Schule? Warum müssen sie nach Einführung des G 8 ein Jahr arbeiten gehen, damit sie Bildung erfahren?

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Weil wir zu wenig Lehrer haben!)

Diese Verschiebung möchte ich heute gar nicht weiter erörtern. Herr Imhof, dem Dank für die sozialen Leistungen der Ehrenamtlichen, der professionellen Fachkräfte und der Verbände schließen wir uns als SPD selbstverständlich an. Das ist ganz klar. Das haben Sie sehr gut ausgeführt.

(Beifall bei der SPD)

Was passiert denn mit der Lücke? Sie haben eine Frage gestellt. Ich hätte von der CDU/CSU- und FDP-Bundesregierung erwartet, dass sie sich die Lücke vorher ansieht und nicht erst hinterher. Das ist wirklich unverschämt.

(Beifall bei der SPD)

Erst lassen Sie das Kind in den Brunnen fallen und fangen dann zu denken an. Herr Imhof, ich erwarte von Ihnen, dass Sie schon längst zu denken angefangen haben. Für Ihren Sparhaushalt, den Sie bis zum Herbst vorlegen wollen, gebe ich Ihnen Folgendes mit auf den Weg: Sparen Sie nicht im sozialen Bereich, sonst wird alles noch schlimmer. Die Qualität der sozialen Arbeit steht auf dem Spiel. Kolleginnen und Kollegen, wenn wir die Würde, die von den Zivildienstleistenden aufrechterhalten worden ist, in der Krankenpflege weiterhin erhalten wollen, erwarte ich, dass die Lücke im Haushalt geschlossen und die Qualität der sozialen Arbeit gesichert wird. Das können Sie machen. Dies sollte jedoch nicht auf den Schultern der Ehrenamtlichen und der Freiwilligen geschehen. Stattdessen sollte mit professionellen Pflegekräften eine hohe Qualität in den sozialen Berufen gesichert werden. Das muss Ihre Aufgabe sein. Sehen Sie bitte hin. Füllen Sie die Lücke endlich aus. Sie haben die Möglichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Gudrun Brendel-Fischer das Wort. Bitte schön.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dem Wehr- und Zivildienst handelt es sich zweifelsohne um Zeiträume, die für einen jungen Mann eine sinnvolle Zeit in seinem Leben darstellen. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Meinung des Abgeordneten Thalhammer nicht in Gänze die der Koalitionsfraktionen ist.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Zeitraum - egal ob Zivil- oder Wehrdienst - haben die jungen Männer die Möglichkeit, soziale und personale Kompetenzen zu erwerben und sich fachlich weiterzuentwickeln. Im Rahmen des Zivildienstes, der uns sehr wichtig ist, können sie sich in einer Branche erproben, in der Männer oft unterrepräsentiert sind.

Der Zivildienst bietet die Chance, in soziale Berufe hineinzuschnuppern und gegebenenfalls eine einschlägige berufliche Laufbahn einzuschlagen. Aus Sicht der Zivildienstleistenden - wir haben mit welchen gesprochen - kann dieser Mehrwert für das spätere Leben auch innerhalb von sechs Monaten erworben werden. Inwieweit diese Kürzung zulasten der Trägerinstitutionen geht, wird die Zukunft zeigen.

Viele Träger sozialer Einrichtungen haben in der Vergangenheit jedoch zu sehr auf die Zivildienstleistenden gesetzt und diese in ihre Personalplanung integriert. Sie haben sich auf diese Mitarbeit auf Zeit fest verlassen. In den sozialen Einrichtungen sollte jedoch vor allem auf Professionalität und die qualifizierte Ausbildung eines festen Personalstammes gesetzt werden. Die Zivildienstleistenden können diesen nicht ersetzen.

Heute ist bereits viel über ehrenamtliches Engagement gesprochen worden. Einige Vorredner halten es aufgrund der Gesamtentwicklung unserer Gesellschaft für zwingend erforderlich. Andere Redner haben eingebracht, es bestehe die Gefahr der Ausnutzung. Wir müssen uns in der Mitte treffen und einen sinnstiftenden Kompromiss finden. Wir müssen Professionalität, Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in einen funktionierenden Zusammenhang bringen und nicht von vornherein pauschal verurteilen.

Die Bundesregierung hat rasch und praxisgerecht gehandelt und die Verlängerung des Zivildienstes schnell auf den Weg gebracht. In diesem Sinn kann den Interessen der sozialen Träger und der betroffenen Zivildienstleistenden voll entsprochen werden.

Sehr geehrter Herr Aiwanger, uns ist das Thema sehr wichtig. Unsere Fraktion ermittelt dieses Thema nicht in einer schnell vorgeschlagenen Aktuellen Stunde. Unsere Fraktion geht dieses Thema auch nicht im Rahmen eines Schnellschusses an. Die CSU wird sich auf allen politischen Ebenen mit dieser Materie in den nächsten Wochen und Monaten intensiv auseinandersetzen.

(Hubert Aiwanger (FW): Das hätten Sie schon tun müssen!)

Wir verfügen in unseren Reihen über Expertinnen und Experten aus dem sozialen Lager, aber auch aus dem wehrpolitischen Bereich. Wir können sehr wohl gute Vorschläge einbringen.

In Richtung der Opposition möchte ich Folgendes loswerden: Wenn wir nichts machen, werfen Sie uns vor, wir befänden uns in einer Starre und unternähmen nichts. Wenn wir jedoch offensiv einen Punkt setzen und eine neue Überlegung angehen, werfen Sie uns Fehler vor.

(Hubert Aiwanger (FW): Lieber ein Fehler als gar nichts! - Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Joachim Unterländer das Wort. - Das muss ich offensichtlich korrigieren. Als Nächster hat Herr Kollege Johannes Hintersberger das Wort.

Johannes Hintersberger (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich ein paar Takte zu dem wehrpolitischen Thema dieser Aktuellen Stunde sagen. Ich möchte an die Worte der Vorrednerin Gudrun Brendel-Fischer und des Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler, Herrn Kollegen Aiwanger, anknüpfen. Meine Damen und Herren, die Bundeswehr ist nicht nur sicherheitspolitisch, sondern auch gesellschaftspolitisch ein ausgesprochen wichtiger Grundpfeiler unserer Demokratie und ein wichtiges Thema, über das in der Bevölkerung diskutiert wird. Kern und Gesicht dieser Bundeswehr ist die Wehrpflicht. Wenn heute die Wehrpflicht an sich, Kollege Thalhammer, mit der notwendigen, richtigen und wichtigen Bedeutung des Zivildienstes begründet werden soll, ist dies zu wenig und zu dünn. Da bin ich bei Ihnen, aber nur da.

Entscheidend ist, dass wir bei dieser Thematik, Herr Kollege Aiwanger, weniger opportunistisches Gerede brauchen. Sie waren am Freitag in Ingolstadt dabei. Wir müssen über diese Thematik in der Öffentlichkeit ehrlich diskutieren und ordentlich dazu stehen. Wenn man nämlich die Bundeswehr als einen Kern dieses Staates und das Gesicht der Bundeswehrsoldaten als der Bürger in Uniform weiter haben will, ist es unabdingbar, die aktualisierte bzw. geänderte sicherheitspolitische Bedeutung und Aufgabenstellung unserer Bundeswehr mit der Notwendigkeit der Wehrpflicht zu verbinden. Alles andere wäre zu kurz gesprungen und fehl am Platze. Deshalb verstehe ich überhaupt nicht die Kritik daran, dass wir diese Situation, diese Thematik auch in der breiten Bevölkerung ansprechen und diskutieren, lieber Kollege Aiwanger, und auch mit den betroffenen Menschen die beste Lösung suchen.

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FW): Sie haben doch schon verkürzt, und jetzt diskutieren Sie!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Lösung - ich bin leidenschaftlicher Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht -

(Hubert Aiwanger (FW): Sagen Sie das mal Herrn Guttenberg!)

kann so aussehen, dass wir den Kern der Bundeswehr, dieser Bundeswehr mit Wehrpflicht, an die aktuellen und künftigen sicherheitspolitischen Aufgabenfelder anpassen, die unsere Armee zu bewältigen hat. Alles andere wäre falsch. Ich bin nicht Ihrer Ansicht, Kollege Thalhammer, dass dies vorgeschobene Gründe sind. Wir rekrutieren nicht nur 40 % unserer Zeit- und Berufssoldaten über die Wehrpflicht, sondern auch der Aufwuchs kann ausschließlich mit der Wehrpflicht erreicht werden, und zwar auch unter geänderten Vorzeichen, auch unter dem Aspekt einer Krisenorientierung der Bundeswehr, zum Beispiel einer neuen Bedeutung des Heimatschutzes. Lassen Sie uns darüber diskutieren und dann auch sagen: Wie ist unser Verhältnis zum notwendigen Zivildienst? Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir dieses Thema so ernst angehen, muss ich dazu auch sagen: Stehen wir doch auch in der Öffentlichkeit dazu und sagen wir: Wir halten es für richtig, wir halten es für notwendig und wir halten es für diesen Staat für gut, wenn junge Menschen für das Gemeinwesen Deutschland einen Teil ihres Lebens einbringen,

(Markus Rinderspacher (SPD): Das war doch bisher unstrittig!)

ob dies ein halbes Jahr, ein Dreivierteljahr oder ein Jahr ist. Lasst uns nicht um des Festhaltens willen daran festhalten. Ich wundere mich sehr, Herr Kollege Rinderspacher, dass Sie diesen Einwurf bringen. Da frage ich mich, wo ich stehe.

(Harald Güller (SPD): Das fragen wir uns auch!)

Ich will kein Festhalten um des Festhaltens willen, sondern lebendige neue Aspekte, lebendige neue Entwicklungen des Wehrpflichtgedankens einbringen. Sind Sie von vorgestern oder verfolgen Sie die letzten zehn, 15 Jahre nicht? Diese Dinge will ich lebendig einbringen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie machen Sicherheitspolitik nach Haushaltslage! Das ist doch das Problem!)

- Lassen Sie mich fertig sprechen; Sie haben mich unterbrochen, lieber Kollege. Lasst uns ehrlich Überle-

gungen anstellen. Wenn wir der Meinung sind, dass es ein Wert an sich ist, dass junge Menschen für das Gemeinwesen Deutschland

(Hubert Aiwanger (FW): Das ist meine Meinung!)

einen Teil ihres Lebens einbringen, und wenn wir der Meinung sind, dass das aus dem Nukleus der Wehrpflicht heraus geschehen soll, die nach wie vor einen wichtigen Mosaikstein darstellen muss, vor dem Hintergrund der größtmöglichen Wehrgerechtigkeit aber nicht mehr die sicherheitspolitische Bedeutung haben kann, dann lasst uns neben der Wehrpflicht Überlegungen zu zivilen oder sozialen Aspekten, Überlegungen zu ökologischen Aspekten und Überlegungen bis hin zu THW, Feuerwehr oder Entwicklungshilfearbeiten einbringen. Lasst uns dies verpflichtend mit einbringen. Diese Diskussion gilt es anzustoßen, gilt es vor diesem Hintergrund zu führen, statt mit opportunistischem Gerede zu palavern oder nur den einen oder anderen Detailpunkt einzufahren.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, Ihre Leidenschaft hat Sie etwas fortgetragen und die Zeit überziehen lassen. Als nächster Redner, jetzt in der richtigen Reihenfolge, ist Kollege Joachim Unterländer dran. Bitte schön, Herr Kollege.

(Hubert Aiwanger (FW): Sie erklären uns, was Sie dem Guttenberg sagen müssen!)

Joachim Unterländer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich halte es schon für merkwürdig und für einen Höhepunkt an Scheinheiligkeit, wenn sich jene Parteien, die in den vergangenen Jahrzehnten Probleme mit der allgemeinen Wehrpflicht hatten, jetzt in der Diskussion plötzlich als Retter aufspielen.

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FW): Momentan haben Sie das Problem mit der Wehrpflicht!)

Meine Damen und Herren, wir müssen im Zusammenhang mit der Debatte, was die Verkürzung des Grundwehrdienstes und damit auch die Verkürzung des Zivildienstes angeht, zwei grundsätzliche Diskussionen führen. Die erste grundsätzliche Diskussion geht um die Frage: Können wir es uns leisten, in unserem Gemeinwesen gemeinschaftsstiftende Institutionen und Projekte wie die Wehrpflicht infrage zu stellen? Die zweite grundsätzliche Diskussion ist darüber zu führen, ob wir den Zivildienst als Bestandteil unseres Sozialstaates insgesamt in Zukunft so bewerten können, wie es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Ich glaube, diese Diskussionen müssen wir

als solche gesellschaftspolitisch in unserem Lande unabhängig von der Frage führen, wie es mit der Bundeswehr weitergeht.

Herr Kollege Hintersberger und auch Kollegin Brendel-Fischer sind vorhin auf den Grundwehrdienst eingegangen. Ich persönlich bin ein Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht. Ich bekenne mich aus diesem Gesichtspunkt, den ich gerade angesprochen habe, nämlich des Bekenntnisses zu unserem Gemeinwesen und der Gemeinschaftsstiftung dazu, diese Struktur, in welcher Form auch immer, aufrechtzuerhalten.

Was die Zukunft unseres Sozialstaates und den Stellenwert des Zivildienstes anbelangt, Herr Kollege Dr. Beyer, müssen wir uns in der Tat schon gemeinsam fragen, welchen Stellenwert der Zivildienst bisher hatte. Sie wissen, wo ich sozialpolitisch stehe, und Sie wissen, welchen Stellenwert die Wohlfahrtspflege für mich hat. Wir müssen uns aber fragen, ob es immer sinnvoll war, Zivildienstkräfte stärker einzusetzen, als dies vorübergehend notwendig gewesen wäre.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das war Unrecht!)

Man muss sich fragen, ob das richtig war. Da sind wir uns wahrscheinlich auch einig.

(Zuruf von der SPD: Man muss klare Positionen beziehen!)

Deshalb glaube ich, dass wir unabhängig von der Fragestellung, wie es mit dem Zivildienst und mit dem Wehrdienst weitergeht, eine Diskussion intensivieren müssen, in der wir nicht Zivildienst und Ehrenamt durcheinanderbringen dürfen und in der wir die verschiedenen Angebote, die es alternativ gibt, nicht kleinreden dürfen. In der Diskussion ist deutlich geworden, was an Angeboten bereits vorhanden ist, Frau Kollegin Brigitte Meyer: das Freiwillige Soziale Jahr und die Freiwilligendienste. Die Diakonie bietet zum Beispiel das Kompassjahr an, um junge Menschen an soziale Berufe heranzuführen und dafür zu interessieren. Das sind Dinge, die in Zukunft möglicherweise einen wesentlich höheren Stellenwert in der Struktur eines zukunftsorientierten Sozialstaats haben.

Herr Kollege Thalhammer, ich gebe Ihnen völlig recht: Ich halte es für einen falschen Ansatz, ehrenamtliches und freiwilliges Engagement schlechtzureden. Das ist nicht billig, sondern das ist aller Ehren wert. In unserer Gesellschaft muss es eine stärkere Diskussion über eine Anerkennungskultur des sozialen Engagements geben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sind darauf angewiesen, nicht nur im Hinblick auf die Dienstleistung. Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement ist eine eigenständige Säule unseres Sozialstaates. Wir müssen die Wohlfahrtspflege mit diesen Strukturen noch besser verknüpfen. Lassen Sie uns diesen Dialog gemeinsam führen. Ich meine damit nicht, dass wir hier zwangsläufig Gegensätze hätten. Vielmehr haben wir einen gemeinsamen politischen Auftrag, daran zu arbeiten. Ich halte das für notwendig.

Für die Wohlfahrtsverbände darf ich noch ein zweites Mal die Innere Mission München nennen, die in Zukunft das Freiwillige Soziale Jahr stärker in Anspruch nehmen wird. Dies ist ein Anstoß und eine gesellschaftspolitische Herausforderung, die wir offensiv nutzen sollten. Deshalb lohnt sich auch diese Diskussion.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Jetzt hat Frau Staatsministerin Christine Haderthauer das Wort.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon deutlich geworden, dass die Debatte über die Verkürzung des Wehrdienstes und damit des Zivildienstes von vielen wichtigen Gründen geprägt ist. Diese Gründe sind aber vor allem sicherheitspolitischer Art. Lieber Herr Kollege Dr. Beyer, um diese Einordnung deutlich zu machen, habe ich den zugegebenermaßen markigen Spruch geprägt: Die Träger haben keinen Anspruch auf die Zivis. Das war der Beginn einer wundervollen Freundschaft. Nein - wir haben uns schon vorher gut verstanden. Mit dieser Debatte haben wir aber begonnen, uns der Situation zu stellen.

Ich möchte ein paar Informationen zur derzeitigen Lage geben:

Erstens. Junge Männer, die Zivildienst leisten müssen, sind keine billigen Arbeitskräfte. Sie dürfen auch nicht in dieser Weise eingesetzt werden. Damit würden wir der Wertigkeit der sozialen Berufe, um die wir gemeinsam kämpfen, keinen Gefallen tun.

Zweitens. Herr Kollege Aiwanger - er ist jetzt nicht da -, ich möchte mich im Namen derer, die jeden Tag diese schwere Arbeit leisten, gegen die Aussage verwahren: Wenn es keine Zivis mehr gibt, gibt es in Bayern keine Lebensqualität mehr. Diese Aussage ist ein starkes Stück. Die Versorgung, die Pflege und die Begleitung hilfsbedürftiger Menschen wird in Bayern von Fachkräften sichergestellt. Nichtsdestotrotz hat die Mithilfe der Zivildienstleistenden eine zusätzliche

Verbesserung - ein Add-On, um es neudeutsch zu sagen - mit sich gebracht.

Wie sieht es aus? Im Jahr 2008 gab es in stationären Einrichtungen für ältere Menschen 848 Zivis, davon 484 in der Pflege und der Krankenversorgung. Ich sage dies nur, um die Relationen deutlich zu machen. In Relation zu allen Beschäftigten in stationären Einrichtungen - insgesamt sind es 62.476 Fachkräfte in der Betreuung und der Pflege - machen diese 848 Zivis nicht mehr als 0,77 % aus. Ich sage das, damit die Größenordnung ein bisschen deutlicher wird. Überdies gab es im gleichen Jahr über 3.000 FSJler, also junge Menschen, die das Freiwillige Soziale Jahr abgeleistet haben.

Eine zweite Bemerkung: Die Kürzung des Wehrdienstes und des Zivildienstes war nicht unsere Idee. Wir tragen sie aber mit. Sie wurde im Koalitionsvertrag vereinbart und wir haben uns damit arrangiert. Bayern hat die Zustimmung zu dieser Verkürzung von der Bedingung abhängig gemacht, dass gleichzeitig die Bedingungen für eine freiwillige Verlängerung des Zivildienstes geschaffen werden. Das wurde durchgesetzt, und zwar unter der Übertragung der entsprechenden Mittel für die Verlängerung.

Infolge dieser Möglichkeit der Verlängerung ist jetzt für Zivildienstleistende sogar eine ganzjährige Tätigkeit möglich. Sie können flexibel verlängern und abwarten, ob eine Verlängerung in ihren weiteren Lebenslauf mit einer Ausbildung oder einem Studienplatz passt. Bisher gab es diese Möglichkeit zur Verlängerung nicht. Ich glaube, damit haben wir einen guten Beschluss gefasst. Die Träger gehen davon aus, dass ein Drittel der Zivildienstleistenden diese Verlängerung wahrnehmen wird. Damit hätten wir vielleicht sogar mehr abgeleistete Zivildienst-Monate in Bayern als vor der Verkürzung des Zivildienstes. Das nur, um die Emotionen etwas zu ordnen.

Eine dritte Bemerkung: Uns allen müssen junge Menschen, die freiwillig diesen Dienst leisten, ganz besonders am Herzen liegen. Deshalb lautete unsere nächste Bedingung für die Zustimmung zur Verkürzung des Wehrdienstes und des Zivildienstes, dass die Bedingungen für alle, die ein Freiwilliges Soziales oder ein Freiwilliges Ökologisches Jahr leisten, verbessert werden müssen. Hier handelt es sich um eine Bildung, die außerhalb der Schule läuft. Der Mensch wird im Laufe seines Lebens durch vieles gebildet, auch dadurch, dass er sich einmal in einem ganz anderen Bereich engagiert. In Bayern gibt es sehr viele junge Menschen - mehr, als Stellen zur Verfügung stehen -, die in diesem Bereich tätig sein wollen. Wir wollen in Zukunft noch mehr Stellen schaffen und

noch mehr Träger fördern. Wir wollen außerdem die Bedingungen für diese Stellen verbessern.

Herr Kollege Thalhammer, Sie haben vorhin gesagt, zu diesem Zweck sei eine Million Euro in den Haushalt eingestellt worden.

(Tobias Thalhammer (FDP): Zusätzlich!)

Wir haben es glücklicherweise im Bund geschafft, wesentlich mehr Mittel freizumachen. Der Bund wird 35 Millionen Euro, die durch die Verkürzung frei geworden sind, zur Finanzierung der Jugendfreiwilligendienste umschichten. Damit haben wir unsere zentralen bayerischen Forderungen durchgesetzt. Wir haben als Koalition miteinander dafür gekämpft, dass die Folgen, die im sozialen System entstehen, abgedeckt werden. Vielleicht entstehen daraus sogar Chancen, die vorher nicht bestanden haben.

Wir müssen aber vorrangig die jungen Menschen und das, was sie erleben und gewinnen, im Blick haben. Erst an zweiter Stelle darf es um die Träger gehen. Herr Kollege Dr. Beyer, ich glaube aber dennoch, dass wir insgesamt eine Lösung gefunden haben, mit der auch die Träger gut zurechtkommen.

Fazit: Im Landtag wurde gesagt, dass sich das Parlament um dieses Thema kümmern werde. Manchmal arbeitet die Staatsregierung ein bisschen schneller, als es der Landtag mitbekommt. Wir haben uns erfolgreich um dieses Thema gekümmert und haben eine hervorragende Lösung gefunden.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Das war ein mutiges Wort, das Sie eben dem Landtag entgegengeschleudert haben. Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 a auf:

**Erste Lesungen
zu einem Gesetzentwurf und einem Staatsvertrag,
die ohne Aussprache an die jeweils
federführenden Ausschüsse überwiesen werden
sollen:**

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Christa Steiger u. a. und Fraktion (SPD)
zur Änderung des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes (Drs. 16/5176)**

**Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Vierzehnten Staatsvertrag
zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge**

**(Vierzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)
(ber. Drs. 16/5283)**

In der Tagesordnung sind die zur Überweisung anstehenden Beratungsgegenstände mit den als federführend angesehenen Ausschüssen aufgeführt. Gibt es hinsichtlich der Zuweisungsvorschläge noch Änderungswünsche? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisungen.

Wer mit der Überweisung an die zur Federführung vorgeschlagenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD, der Freien Wähler und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Enthaltungen? - Auch keine. Der Gesetzentwurf und der Staatsvertrag werden damit diesen Ausschüssen zur Federführung zugewiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 b auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FW)
über den Ladenschluss im Freistaat Bayern
(Bayerisches Ladenschlussgesetz - BayLadSchIG)
(Drs. 16/5177)
- Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat Kollege Muthmann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander Muthmann (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gilt gewiss nicht für alle Bereiche, dass die Staatsregierung so schnell arbeitet, dass der Landtag das gelegentlich gar nicht mitbekommt. In manchen Bereichen ist das sicherlich auch umgekehrt. Es gibt auch Konstellationen, bei denen der Landtag - oder Teile davon - vernünftige Dinge präsentiert. Jetzt gerade haben wir einen solchen Fall. Ich hoffe, dass die Staatsregierung das auch mitbekommt und mitträgt.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Der Gesetzentwurf, den wir heute hier vorstellen, hat deswegen Charme und Chancen, weil es etwas Vernünftiges zu machen gibt, ohne dass das Geld kostet, was sehr selten und an dieser Stelle bemerkenswert ist.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Das ist auch eine Nagelprobe, ob die Politik an dieser Stelle praxisfern irgendwelchen Theoriestreitigkeiten

und Koalitionsbefindlichkeiten nachhängt oder ob sie ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellt und ein praktisches und auch gesellschaftlich akzeptiertes Verhalten gesetzgeberisch nachempfiehlt und damit gewisse Dinge vereinfacht.

Nun könnte man gegen den Gesetzentwurf, den wir zum Ladenschluss vorgelegt haben, einwenden, dass es schon ein bisschen wenig sei, was wir da an inhaltlichen Veränderungen vorschlagen. Das wäre sicherlich eine ernst zu nehmende Kritik, aber wir glauben, unser Gesetzentwurf ist ein Schritt in die richtige Richtung. Das sollte auch ein Schritt sein, der für alle gesellschaftlichen Gruppierungen und alle Interessenvertretungen, die vom Ladenschluss berührt sind, und auch für alle Fraktionen dieses Hauses zustimmungswürdig sein sollte. Wir wissen, dass die FDP zum Ladenschluss sehr viel ambitioniertere Vorstellungen hatte. Der Ministerpräsident hat aber erklärt, dass es mit ihm beim Ladenschluss keine substantiellen Veränderungen geben wird.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ganz richtig!)

- Das ist richtig; das finden nicht nur Sie, das finden auch wir. Das kann aber kein Grund sein, um Verwaltungsvereinfachungen in diesem Rahmen nicht zuzulassen. Nur darum geht es uns an dieser Stelle. Wir wollen nicht die bisherigen Regelungen zum Ladenschluss substantiell ändern, sondern wir wollen das, was wir haben, für alle Beteiligten sehr viel einfacher machen, als es bisher der Fall war und immer noch der Fall ist.

Wenn die Ladeninhaber einmal ein Event-Shopping organisieren wollen, sehen sie sich großen bürokratischen Hürden gegenüber. So müssen sie ein öffentliches Bedürfnis für solche Veranstaltungen nachweisen. Dann werden viele Aufsätze geschrieben und wird viel Phantasie entwickelt, nur um die Antragsvoraussetzungen für eine solche Veranstaltung darzulegen, obwohl es letztlich allen Beteiligten klar ist, dass ein Event-Shopping heute einfach zu den guten Marketingmaßnahmen gehört, sodass wir so etwas nicht erschweren oder im Einzelfall sogar unmöglich machen sollten.

Das ist auch der wesentliche Inhalt unseres Gesetzentwurfes. Bayern ist bekanntermaßen das einzige Bundesland, das kein eigenes Ladenschlussgesetz hat, sondern bis heute nur Bundesrecht vollzieht.

(Zuruf von den GRÜNEN: Bayern als Ladenhüter!)

Wenn man solche Regelungen per Landesrecht ermöglichen will, ist es notwendig, den gesamten bundesrechtlichen Regelungsgehalt in Landesrecht zu

transformieren. Das ist geschehen. Nur für die Genehmigung von Shopping-Abenden haben wir den Vorschlag gemacht, diese bürokratisch höchst aufwendigen Verfahren zu schleifen und das Genehmigungsverfahren wesentlich einfacher zu gestalten. Ich möchte jetzt nicht über das richtige Maß von Ladenöffnungszeiten diskutieren, weil wir dazu überhaupt keine Änderung vorschlagen, sondern - da wiederhole ich mich - mit dem Ministerpräsidenten der Meinung sind, dass die derzeitigen Ladenöffnungszeiten ausreichen. Man kann aber das Verfahren besser und einfacher machen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle das Thema Bürokratieabbau bemühen. Die schwierige Diskussion über die Interessen des Einzelhandels auf der einen Seite und die Interessen der Mitarbeiter und des Schutzes der Familien auf der anderen Seite wollen wir jetzt gar nicht führen, sondern wir nehmen für uns in Anspruch, dass wir den bestehenden Interessenausgleich an dieser Stelle gar nicht berühren.

Meine Damen und Herren von der Koalition, ich darf Sie an drei Stellen Ihres Koalitionsvertrags erinnern. Zum Ersten verpflichten sich die Koalitionspartner dazu, einem schlanken, konzentrierten Normenbestand den Vorzug vor ausufernden Regulierungen zu geben. Das allein wäre schon Argument genug, um unseren Gesetzentwurf mitzutragen. Wenn wir dieses Gesetz machen würden, würden wir es vielen Behörden, allen Läden und Einzelhändlern ersparen, immer wieder das mühsame jährliche Verfahren durchzuführen.

Zum Zweiten heißt es in Ihrem Koalitionsvertrag zum Thema Kommunen:

Wir werden die kommunale Selbstverwaltung stärken. Dazu wollen wir weitere Aufgaben aus der Staatsverwaltung auf die Kommunen übertragen.

Bravo, so möchte man Ihnen an dieser Stelle zurufen. Auch da gilt: Es darf nicht bei der Ankündigung bleiben, sondern Sie könnten unseren Gesetzentwurf als Anwendungsfall nehmen und unter Beweis stellen, dass man weg von staatlichen präventiven Regulierungen hin zu mehr Verantwortung für und Vertrauen in die Kommunen kommen könnte. Man könnte es ihnen überlassen, zumindest zweimal im Jahr Tage festzulegen, an denen von den sonst bestehenden Ladenschlusszeiten abgewichen und bis Mitternacht geöffnet werden kann.

Zum Dritten - auch das ist ein richtiger Aspekt - ist im Koalitionsvertrag zu lesen: "Unser Verwaltungshandeln orientiert sich an Bürgernähe und Transparenz."

Jetzt möchte ich an die Kollegen der Koalition appellieren, unseren Gesetzentwurf nicht aus irgendwel-

chen grundsätzlichen, womöglich dogmatischen Überlegungen heraus abzulehnen, weil er aus der Opposition oder von den Freien Wählern kommt, sondern in sich zu gehen und einen solchen Schritt kooperativ mitzumachen, damit wir gemeinsam eine Verbesserung in einem Bereich organisieren können, in dem sich bisher gar nichts bewegt hat.

An die Adresse der Kollegen der SPD gerichtet, möchte ich sagen, dass die Interessen der Arbeitnehmerschaft durch diesen Gesetzentwurf nicht in relevanter Weise gefährdet oder beeinträchtigt wären, sondern dieser Entwurf könnte zu einem Gesetz werden, das den bisher bestehenden maßvollen Interessenausgleich weiterhin hochhält und außerdem das erreicht, was von der Politik auch erwartet wird: Dinge dort zu vereinfachen, wo sie zu vereinfachen sind, und über Regierungsgrenzen hinweg da zusammenzuwirken, wo vernünftige Dinge auf den Weg gebracht werden können.

Ich bitte Sie daher, den Gesetzentwurf nicht sozusagen in einem Schnellschluss abzulehnen; dafür ist er zu gut und zu vernünftig; er kommt ja auch von uns.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Muthmann. Als Nächster hat Kollege Joachim Unterländer das Wort, bitte schön.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das jetzige Ladenschlussrecht hat sich prinzipiell bewährt. Herr Kollege Muthmann, es ist zu fragen - Sie haben das selbst thematisiert -, ob für eine zweite Eventveranstaltung und für eine Änderung des Verfahrensrechts in diesem Zusammenhang ein eigenes Gesetz erlassen werden muss. Darüber müssen wir intensiv diskutieren, das muss intensiv geprüft werden. Das können wir Ihnen natürlich zusagen, denn das ist das gute Recht eines jeden Antragstellers.

Die klare Position der CSU-Landtagsfraktion in zwei grundlegenden Fragen darf ich Ihnen in Abstimmung mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher unserer Fraktion darlegen. In diesen Fragen arbeiten wir Hand in Hand. Ich stelle fest, dass davon auch der Herr Ministerpräsident überrascht ist.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wir wollen keine Erweiterung der Ladenöffnungszeiten über den heutigen Stand hinaus. Die Diskussion über den Bedarf, über die Situation der Beschäftigten und über den Umstand, dass es bei einer solchen Maßnahme für die Menschen keinen zusätzlichen fi-

nanziellen Spielraum gibt, zu investieren, sollten wir an anderer Stelle weiterführen.

Ein zweiter Grundsatz der Ladenschutzregelungen ist neben den Ladenöffnungszeiten generell der Sonntagsschutz. Er ist für die Gesellschaft und für unser Gemeinschaftsleben notwendig. Er stellt einen Pol des Gemeinschaftslebens und auch des Glaubenslebens dar. Vor diesem Hintergrund stehen die Eckpunkte des bewährten Ladenschlussrechts nach Auffassung der CSU-Landtagsfraktion fest.

Herr Kollege Muthmann, darüber, ob der große Sprung der Entbürokratisierung darin besteht, dass nun die Kommunen statt des Sozialministeriums Genehmigungen erteilen, müssen wir noch diskutieren. Genauso müssen wir über die Aussage diskutieren, dass sich bisher gar nichts bewegt hat. Ich darf daran erinnern, dass es in den Kommunen selbstverständlich schon Eventveranstaltungen gegeben hat. Wir müssen deshalb intensiv prüfen, ob das, was Sie mit Ihrem Gesetzentwurf vorschlagen, im Spannungsverhältnis zwischen den Bedürfnissen des Einzelhandels, der Konsumenten, der Beschäftigten und der jeweiligen Kommune machbar ist.

In dem Zusammenhang möchte ich zu bedenken geben, dass bei der Ausdehnung derartiger Veranstaltungen auch das Prinzip "steter Tropfen höhlt den Stein" gilt. In der Gesellschaft gibt es insgesamt ein Unwohlsein, welches nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von verschiedenen anderen Kreisen zum Ausdruck gebracht wird. Nach unseren Erfahrungen in München gilt das vor allem für das Drumherum der Eventabende. Es gilt nicht für das Shoppen und für das Einkaufen selbst. Dies haben auch Befragungen ergeben. Deshalb ist neben der juristischen Diskussion auch über die Konzeption und den Bedarf zu diskutieren.

Wohin solche Entwicklungen führen können, zeigen Proteste von Bürgern aus anderen Ländern in vergleichbaren Fällen. Dort steht nicht überall die große Konsumentensouveränität im Vordergrund. Wir müssen gemeinsam versuchen, eine sinnvolle Regelung anzustreben. Wir können nicht immer von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sprechen und in solchen Fragen das Gegenteil betreiben.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, gerade die Gewerkschaften und die Betriebsräte der Betriebe in der Münchner Innenstadt haben in den letzten Jahren dem Sozialministerium gegenüber immer wieder angeregt, bei solchen Veranstaltungen vorsichtig zu sein. Das sollten wir ernst nehmen und als wesentliches Argument für diese Beratungen sehen. Es darf nicht nur die eine

Seite gesehen werden. Es müssen alle Gesichtspunkte gegeneinander abgewogen werden. Nur dann können wir gemeinsam - der Wirtschaftsausschuss als federführender Ausschuss und der Sozialausschuss als mitberatender Ausschuss - zu vernünftigen Ergebnissen in dieser Frage kommen.

(Beifall bei der CSU - Erwin Huber (CSU): Sehr richtig!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Paul Wengert das Wort.

Dr. Paul Wengert (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ist es zu begrüßen, dass der Bayerische Landtag aufgrund dieses Gesetzentwurfs mit der grundlegenden Frage befasst wird, ob der Freistaat Bayern als letztes Land seine durch die Föderalismusreform erlangte Gesetzgebungszuständigkeit für das Recht des Ladenschlusses wahrnehmen soll oder nicht. Herr Kollege Muthmann, insofern brauchen Sie Ihr Licht keinesfalls unter den Scheffel zu stellen. Dieser Gesetzentwurf würde sicherlich zu einer Vereinfachung in der Rechtsanwendung führen, weil damit eine Reihe von Verordnungsermächtigungen und sonstigen Ermächtigungen überflüssig würde, so zum Beispiel die in Artikel 4 angesprochene Ermächtigung der Landesapothekerkammer zur Bestimmung der Apotheken, die geöffnet bzw. geschlossen sein müssen, oder die in Artikel 10 angesprochene Zuständigkeit der Kreisverwaltungsbehörden für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik oder die in Artikel 11 angesprochene Zuständigkeit für die Bestimmung der Ladenschluss- und Arbeitszeiten in Bäckereien. Diese Fragen könnten im neuen Gesetz geregelt werden. Man müsste dann nicht mehr an vier oder fünf verschiedenen Stellen nachschauen, welche Vorschrift gilt, sondern man könnte es in einem einheitlichen Gesetzeswerk nachlesen.

Im Übrigen aber sollte das über fünfzig Jahre alte Ladenschlussgesetz des Bundes trotz aller Novellierungen nicht ungeprüft und unverändert übernommen werden. Vernünftigerweise sollte man das Gesetz insgesamt anschauen. Das gilt zum einen für sprachliche Formulierungen. Ich denke zum Beispiel an den Begriff "Volksbelustigung" in Artikel 16 des Gesetzes. Das gilt aber auch für materielle rechtliche Regelungen. Ich frage mich schon, ob es noch einer Regelung über den Verkauf an Sonntagen in ländlichen Gebieten in Artikel 10 des Entwurfs bedarf. Auch die jetzt in Artikel 12 des Gesetzentwurfs vorgesehene Regelung der Verkaufssonntage müsste überprüft werden. Während in kleinen oder mittleren Kommunen die gesamte Kommune von einem sogenannten Marktsonntag, wie er oft heißt, betroffen ist, sind es in großen

Städten meistens nur einzelne Stadtteile, in denen aufgrund oft jahrhundertealter Markttraditionen solche Markt- oder Verkaufssonntage durchgeführt werden. Diese Regelung gilt dann aber für die gesamte Stadt, womit der Marktsonntag verbraucht ist, was dann zu nicht unerheblichen Wettbewerbsnachteilen im Einzelhandel gegenüber den benachbarten Kommunen führen kann.

Das eigentliche Kernanliegen des Gesetzentwurfs ist zumindest aus Sicht der betroffenen Gewerbebetriebe und Kommunen verständlich und nachvollziehbar. Das Verfahren zur Zulassung sogenannter Shopping-Abende ist zu entbürokratisieren. Vor allem sollte man sich künftig die oft abenteuerlichen Konstrukte zur Begründung des öffentlichen Interesses ersparen. Die Bürgermeister können ein Lied davon singen. Sie würden sicher gerne auf diese Art der Musikalität verzichten. Herr Kollege Unterländer, Ihnen fehlt möglicherweise die einschlägige Erfahrung aus der Praxis. Eine solche Regelung würde tatsächlich zur Entbürokratisierung und zur Entlastung des Ministeriums führen.

Die SPD-Fraktion hat sich noch nicht abschließend mit diesen Neuerungen befasst. Das gilt insbesondere für den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Über diese Frage muss diskutiert werden. Dazu wollen wir uns mit den zuständigen Verbänden und Gewerkschaften austauschen. Das zusätzliche Einkaufsvergnügen und die Steigerung der Attraktivität der Einzelhandelsstandorte dürfen nicht zu einer unververtretbaren Beeinträchtigung der Interessen der Beschäftigten im Einzelhandel führen. Die von mir jetzt angerissenen Fragen sollten wir in der gebotenen Zeit in den Ausschüssen klären, um dann zu einem guten und vielleicht gemeinsamen Entwurf auf der Basis des Vorschlags der Fraktion der Freien Wähler zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner: Herr Kollege Dr. Runge. Bitte schön.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Thema "Ladenschluss, Ladenöffnungszeiten" ist nicht unspannend. Außerhalb des Landtags ist es sehr wohl unspannend, aber im Landtag hat es durchaus seine Reize und Spannung. Das liegt an dem Theater und dem Gezerre, das wir innerhalb der beiden Regierungsfractionen vorfinden. Die SPD wollte vor Kurzem mit einem Antrag zu den Ladenöffnungszeiten festschreiben, was bisher Stand des Gesetzes ist. Heute liegt der Gesetzentwurf der Freien Wähler vor.

Wir erinnern uns mit großer Freude an die Geschehnisse der Jahre 2005/2006. Damals gab es jede Menge Ankündigungen. - Herr Huber, Sie lächeln so freundlich. Sie waren an vorderster Front. Die Vorgaben zu den Ladenöffnungszeiten sollten geschleift werden. Unter der Woche bis in die späten Nachtstunden hinein und über Mitternacht hinaus und auch für die Feiertage waren sie ganz großzügig geplant. Das Gleiche war vom damaligen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber zu hören.

(Erwin Huber (CSU): Feiertage nicht!)

- Okay, die Feiertage nicht. Ich nehme das zurück, Herr Huber.

Ansonsten waren Bürokratieabbau und eine wirklich großzügige Öffnung geplant. Deshalb gab es eine spannende Fraktionssitzung, die der Ministerpräsident zwei Minuten vor der Abstimmung verlassen musste. Deshalb entstand ein Patt von 40 : 40 oder 44 : 44. In dieser Dimension lief das ab. Es gab weitere Debatten und Verlautbarungen. Es hieß, spätestens 2007 werde aus Gründen des Bürokratieabbaus liberalisiert. Außerdem sollte den Wettbewerbsverzerrungen zu unserem Nachbarland Baden-Württemberg begegnet werden. Die gesellschaftliche Diskussion erbrachte, dass es keine grundsätzliche Notwendigkeit gebe, an den Ladenöffnungszeiten etwas zu verändern. Mittlerweile ist zu erkennen, dass das die übereinstimmende Meinung von vier der im Plenum anwesenden Fraktionen ist. Sie sind der Meinung, dass sich die jetzige Regelung für die Werkzeuge und auch für die Sonn- und Feiertage bewährt habe. Vor fünf Jahren gab es auch bei uns GRÜNEN eine knappe Mehrheit für die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten. Da das Thema aber auch bei uns sehr umstritten war, haben wir es nicht marktschreierisch, wie die CSU das getan hat, hinausgetragen. Wir stellten keine Anträge und gaben keine Presseerklärungen ab.

Nun gibt es im Landtag die FDP, der es nicht weit genug gehen kann. Andererseits gibt es die Haltung des Abgeordneten Unterländer und des Ministerpräsidenten Seehofer, die sich bezüglich des Ladenschlussgesetzes in der CSU-Fraktion zu unserem Wohlwollen durchgesetzt hat. Das Ganze ist schwerlich zueinander zu bringen.

Der konkrete Ansatz befasst sich mit einer anderen Problematik, nämlich wie es sich mit Sonderregelungen wie Erlebniskäufen, Eventshopping usw. verhält. Was Sie, Herr Kollege Unterländer, ausgeführt haben, zeigt, dass Sie von der Materie nicht allzu viel verstehen. Sie haben zur Antragstellung ausgeführt, dass es egal wäre, ob der Antrag bei der Gemeinde oder dem zuständigen Sozialministerium gestellt werde.

Das stimmt nicht. Der Gewerbeverband muss zunächst bei der Gemeindeverwaltung insistieren, und diese muss zur nächsten Stufe gehen. Der Antrag zielt darauf ab, dass diese Wege entbürokratisiert werden.

Herr Muthmann, Ihnen liegt wahrscheinlich auch die große Umfrage des Bundes der Selbstständigen - BDS - vor, an der sehr stark die Einzelhändler beteiligt waren. Das Ergebnis bezüglich der Eventverkäufe zu besonderen Öffnungszeiten war erstaunlich. Eine relativ große Mehrheit lehnte ab. Die GRÜNEN sind jedoch der Meinung, wenn ein Gewerbeverband diese Begehrlichkeit hat und die Gemeinde dies unterstützt, sollte der Freistaat Bayern keine bürokratischen Hindernisse in den Weg legen. Es geht um lebendiges Einkaufen vor Ort versus das anonyme Einkaufen in Großmärkten auf der grünen Wiese. Das Stichwort heißt Stadtmarketing, Standortmarketing. Wir meinen, dass man die bürokratischen Regeln abschleifen sollte. Deswegen, Herr Kollege Muthmann, versprechen wir Ihnen - anders als das einer meiner Vorredner getan hat - wohlwollende Behandlung in den Ausschussberatungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner: Herr Kollege Klein für die FDP.

Karsten Klein (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Uns liegt ein Gesetzentwurf der Freien Wähler zum Thema der Ladenöffnungszeiten vor. Das Thema ist nicht neu, wir haben es schon oft behandelt. Wir hätten die Möglichkeit, etwas Neues daraus zu machen. Das sieht der Gesetzentwurf aber nicht vor. Das ist schade, und Kollege Dr. Wengert von der SPD hat das klar ausgeführt. Ich finde es schade, denn die neue Fraktion der Freien Wähler könnte bei diesem Thema mehr Mut an den Tag legen, so wie wir das tun. Leider ist es nicht so.

(Beifall bei der FDP)

Ich darf wie in der letzten Diskussion auf die aktuelle Situation hinweisen. Die Ausweitung bis 20.00 Uhr wird nicht überall ausgereizt. Schüren Sie also keine Ängste vor Ort, dass jedes Geschäft sechs Tage die Woche bis 24.00 Uhr geöffnet haben müsste, wenn Sie unserem schlaun Vorschlag folgen würden. Für die Berufe Friseur und Bäcker gibt es sowieso schon Sonderregelungen. Es handelt sich meist um Berufe, in denen traditionell viele Frauen arbeiten. Trotzdem leidet das Familienleben nicht, die Welt ist nicht untergegangen, und das soziale Chaos in Deutschland ist auch nicht entstanden. Alle Argumente in diese Richtung sind zu entkräften.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir meinen, es wäre entscheidend, dass ein solcher Gesetzentwurf nachhaltige Verbesserungen brächte. Die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten wäre eine Verbesserung des Kundenkomforts. Viele Leistungsträger arbeiten noch, wenn viele Geschäfte schließen. Das ist bedauerlich. Außerdem geht es darum, die Wettbewerbssituation zu verbessern, was auch in Ihrem Interesse sein müsste. Auch die Herren von der SPD müssten daran interessiert sein, weil sie die Gewerkschaften stark vertreten. Inzwischen stehen die Einzelhändler im Wettbewerb zum Internetanbieter. Ihnen helfen wir nicht, wenn wir das zementierte System weiter erhalten.

(Beifall bei der FDP)

Der weitere Punkt ist mir besonders wichtig. Dem einen oder anderen, der aus der geografischen Mitte Bayerns kommt, mag er nicht so wichtig sein. Ich komme von der Landesgrenze. Wir in Hessen - - Wir an der Grenze zu Hessen haben andere Ladenöffnungszeiten.

(Allgemeine Heiterkeit)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Das Rederecht bleibt Ihnen im Bayerischen Landtag erhalten, Herr Kollege Klein. Wir sind sehr großzügig.

Karsten Klein (FDP): Die Verwirrung kommt daher, weil der Ministerpräsident einmal in Aschaffenburg nach der einleitenden Rede des Oberbürgermeisters irritiert war, ob er sich in Hessen oder in Bayern befindet. Aschaffenburg gehört aber zu Bayern. Dort haben wir zu den Einzelhändlern in Hessen eine Konkurrenzsituation. Wir müssen uns den dortigen Öffnungszeiten stellen. Dort haben wir Konkurrenz um die Kaufkraft. Ich wäre sehr erfreut, wenn alle Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause unsere Einzelhändler vor Ort unterstützen würden.

Herr Muthmann, Sie haben zu Recht davon gesprochen, dass sich jedes Vorhaben der Koalition am Koalitionsvertrag orientieren wird. Eine Veränderung der Ladenöffnungszeiten würde unbürokratisch durchgeführt. Das ist keine Frage. Auf der Grundlage Ihres Gesetzentwurfs werden wir aber wahrscheinlich keine Änderung durchführen, weil darin kein Mut zu erkennen ist. Der Weitblick und die Verbesserungen, die wir uns vorstellen, fehlen. Das FDP-Konzept bedeutet nicht eine Öffnungszeit von sieben Tagen mit 24 Stunden. Uns ist der Sonn- und Feiertag heilig. Damit keine Missverständnisse entstehen: Sechs Tage, 24 Stunden sollen es sein.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Kollege Muthmann wird die Restredezeit in Anspruch nehmen. Bitte schön, Herr Kollege Muthmann.

Alexander Muthmann (FW): Herr Präsident, in aller Kürze, 45 Sekunden habe ich noch Zeit. Ich wollte eigentlich nur noch zwei Bemerkungen zu Herrn Unterländer machen. An dieser Stelle ist es aber notwendig, etwas zu Ihnen zu sagen, Herr Klein. Es ist provokant, nachhaltige Verbesserungen zu fordern, selbst aber gar nichts zustande zu bringen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Was ist das für eine Art? - Wenn ihr nicht mehr zusammenbringt, dann müsst ihr euch eben mit weniger zufrieden geben. Ihr könnt doch deshalb nicht alle Verbesserungen verweigern. Das ist doch keine Art und Weise. Das macht draußen auch großen Ärger, wenn man über Politik spricht.

Nun noch kurz zu Herrn Unterländer: So wenig Änderung für so ein Gesetz? Da muss man eben einmal arbeiten, und dann sparen wir auch der Verwaltung ganz viel Arbeit. Wir meinen, der Aufwand lohnt. Außerdem: Steter Tropfen höhlt den Stein. Ich kann Ihnen versichern, in dieser Frage sind wir bei Ihnen. Wir wollen keine substantziellen Änderungen des Ladenschlussgesetzes zulassen. Wir wollen das Gesetz so lassen, wie es ist, wie Sie das auch wollen. Herr Ministerpräsident, das ist doch Anlass genug, unseren Gesetzentwurf mitzutragen. Das ist doch ein vernünftiger Vorschlag.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Damit ist die Aussprache zu dieser Ersten Lesung geschlossen. Wir schlagen Ihnen gemeinsam mit dem Ältestenrat vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie als dem federführenden Ausschuss zur weiteren interessanten Diskussion zu übertragen. Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 c auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u. a. und Fraktion (FW)
über die elektronische Aufsicht im Vollzug der Freiheitsstrafe in Bayern (BayEASTVollzG)
(Drs. 16/5192)**

- Erste Lesung -

Dieser Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Das macht Herr Kollege Streibl. Bitte schön.

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Diesen Gesetzentwurf legen wir vor, weil wir meinen, durch eine elektronische Überwachung können Menschen vor einer Gefängnisstrafe bewahrt werden, die nach unserer Meinung im Gefängnis nichts verloren haben. Der Gesetzentwurf bezweckt eine Überwachung bei Ersatzfreiheitsstrafen. In Bayern wurde ein solcher Gesetzesvorschlag bislang immer abgelehnt. Anfang Juni hat aber unsere Justizministerin gesagt, eine elektronische Fußfessel könnte beispielsweise bei der Sicherungsverwahrung oder bei Sexualstraftätern eingeführt werden. Wir denken, zunächst sollte ein Probelauf durchgeführt werden. In Baden-Württemberg läuft ein solcher Versuch seit August 2009. In Hessen läuft dieses Projekt schon seit zehn Jahren, und dort hat man auch gute Erfahrungen gemacht.

(Horst Arnold (SPD): Quatsch!)

In Hessen gab es ungefähr 709 Probanden, die sich diesem Versuch unterzogen haben. Die Rückfallquote lag unter 10 %. Man muss also sagen, das Projekt wurde gut angenommen und führte zu gutem Erfolg. Darüber hinaus ist es auch eine Kostenfrage. Die elektronische Fußfessel kostet am Tag 33,32 Euro. Ein Hafttag in Hessen kostet 96 Euro. In Bayern kostet ein Hafttag übrigens 70 Euro. Nun ließe sich darüber philosophieren, weshalb ein Hafttag in Hessen teurer ist als einer in Bayern. Tatsache aber ist, mit einer elektronischen Fußfessel könnte man Kosten in der Justiz einsparen. Ein solches Gesetz gibt es im Übrigen auch in anderen Ländern wie beispielsweise den USA, in Frankreich, in Schweden, im Kanton Basel in der Schweiz. Auch in Schottland gibt es elektronische Fußfesseln.

Wir schlagen in unserem Gesetzentwurf vor, einen Probelauf zu machen, einen Modellversuch, denn die tatsächliche Belegung unserer Justizvollzugsanstalten nimmt stetig zu. Neue Justizvollzugsanstalten zu bauen oder einzurichten, ist finanziell nicht möglich. Wir müssen deshalb überlegen, wo im Bereich der Justiz gespart werden kann und wie man Haftplätze für wirkliche Straftäter vorhalten kann, die tatsächlich eine Gefängnisstrafe verdienen. Wir könnten also auf der einen Seite Haftplätze einsparen, auf der anderen Seite ist eine elektronische Fußfessel kein derart massiver Eingriff in das Persönlichkeitsrecht, wie das eine Haftstrafe ist.

Wir fordern die elektronische Fußfessel als Möglichkeit für Ersatzfreiheitsstrafen. Zunächst einmal muss man sagen, was eine Ersatzfreiheitsstrafe ist. Wenn ein Richter an einem bayerischen Gericht einen Straftäter zu einer Geldstrafe verurteilt, wie das fast täglich an bayerischen Gerichten geschieht, dann verurteilt er wohlweislich zu einer Geldstrafe, nicht zu einer Haftstrafe. Diese Geldstrafe wird in einen gewissen Betrag und in Tagessätze aufgeteilt. Wenn die Geldstrafe nämlich nicht gezahlt werden kann, dann muss der Verurteilte 90 Tage, 100 Tage oder wie viele Tage auch immer ins Gefängnis. Wohlsituierte Straftäter können die Geldbeträge leicht bezahlen, bei anderen aber gibt es Probleme, wie ich das in meiner Praxis als Anwalt immer wieder erfahre. Manche Menschen sind nicht in der Lage, den Geldbetrag zu bezahlen. Für sie muss eine andere Form der Bestrafung geschaffen werden als die Inhaftierung in einem Gefängnis.

Immerhin handelt es sich um Personen, die von einem Gericht wohlweislich nicht zu einer Haftstrafe verurteilt, sondern mit einer Geldstrafe belegt wurden. Wenn diese Menschen in Haft kommen - dabei geht es meist um einen Zeitraum von 90 Tagen -, dann verlieren sie ihren Arbeitsplatz und kommen in der Haft mit anderen Straftätern in Berührung. Die Betroffenen werden leicht in einen Teufelskreis hineingezogen: Verlust der Arbeitsstelle, Stigmatisierung in der Gesellschaft, Kontakt mit anderen Kriminellen. Es besteht die Gefahr, dass die Betroffenen aus diesem Teufelskreis nicht herauskommen. Es ist deshalb gut, über eine andere Strafmöglichkeit nachzudenken und sie auszuprobieren. Was ist beispielsweise mit einer Mutter, die aus irgendeinem Grund zu einer Strafe verurteilt wird? Wer kümmert sich um das Kind?

(Horst Arnold (SPD): Was ist das für ein Familienbild? Frauen hinter den Herd?)

Was ist mit älteren Menschen, die ins Gefängnis müssen, weil sie das Geld nicht bezahlen können? Was geschieht mit Geringverdienern im Niedriglohnbereich? Gerade bei ihnen kommt es häufig vor, dass sie die vom Gericht verhängte Summe nicht aufbringen können. Die elektronische Fußfessel würde hier eine Möglichkeit schaffen.

Auch zur Entlassungsvorbereitung könnte die elektronische Fußfessel genutzt werden. Man könnte jemanden langsam wieder in die Freiheit entlassen und Lockerungen durchführen. Schließlich könnten diejenigen, die Freigang oder Urlaub haben, mit einer elektronischen Fußfessel leichter in den Genuss solcher Vollzugslockerungen kommen.

Nach unserem Gesetzentwurf sind die Voraussetzungen dafür zum Ersten das Einverständnis des Straftäters, zum Zweiten das Einverständnis derjenigen Erwachsenen, die in dem Haushalt leben, in dem der Betroffene sich aufhält. Schließlich muss ein Telefonanschluss zur Überwachung da sein und der Betroffene müsste über eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle verfügen bzw. einen strukturierten Tagesablauf haben. Die elektronische Überwachung bedeutet nicht, dass der Betroffene den ganzen Tag vor dem Fernseher sitzt, sondern er muss in ein Vollzugsprogramm integriert werden, in eine Therapie. Bei Alkoholdelikten beispielsweise könnte eine Therapie oder auch die psychosoziale Betreuung durchgeführt werden. Wir sind deshalb der Auffassung, unser Vorschlag würde nicht nur Ausgaben verhindern, sondern Geld in der Justiz einsparen, welches man an anderer Stelle - beispielsweise bei Richtern, Staatsanwälten und beim Justizpersonal - dringend braucht. Ich bitte deshalb um Unterstützung dieses Gesetzentwurfs und hoffe, er wird Gefallen bei den anderen Fraktionen finden, um eine Lanze für unsere Justiz zu brechen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Mit diesem Beitrag ist die allgemeine Aussprache eröffnet. Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Rieger.

Dr. Franz Rieger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Gegner dieses Gesetzentwurfs der Freien Wähler bezeichnen das Ziel der Maßnahme, also die elektronische Überwachung des Hausarrestes, als Kuschevollzug. Das ist ein schönes Wort. Sie behaupten auch, der Täter würde seine Strafe vor dem Fernseher absitzen können. Ich will das Wort "Kuschevollzug" ausdrücklich nicht übernehmen. Ich glaube aber, der Begriff zeigt deutlich, welches Problemfeld wir eröffnen. In der Tat wird hier der Rechtsstaat - zumindest der bayerische Rechtsstaat, wie wir in Bayern den Rechtsstaat verstehen - hart auf die Probe gestellt. Ich glaube, wir können diese Maßnahmen nicht mit einer Kostenersparnis begründen, wie es in der Gesetzesbegründung steht. Ein Gesetz, das immer nur auf einem Aspekt beruht, erweist sich einen schlechten Dienst.

Worum geht es? Es geht um die Einführung des elektronisch überwachten Hausarrestes, vor allem anstelle der Ersatzfreiheitsstrafe - das ist eine Freiheitsstrafe, die verhängt wird, wenn eine Geldstrafe nicht bezahlt wird - und zur Entlassungsvorbereitung. Es sprechen sicher gute Gründe für diese Regelung. Meines Erachtens überwiegen aber die Gründe, die dagegensprechen, und zwar sowohl aus rechtspolitischen als auch aus fachlichen Gründen. Das nach meiner Auf-

fassung schlagende Argument ist, dass die elektronische Überwachung des Hausarrests zu minimaler Abschreckungs- und Sanktionswirkung führt. Der Täter wird immer einen elektronischen Hausarrest einer Geldstrafe vorziehen.

Damit sind wir bei dem Punkt, dass ein Täter faktisch das Wahlrecht hat, ob er eine Geldstrafe bezahlt - nehmen wir an, gegen einen Täter ist eine Geldstrafe von 5.000 Euro verhängt; Herr Kollege Streibl hat schon ausgeführt, dass er dann im Fall der Nichtzahlung eine Ersatzfreiheitsstrafe erhält - oder den elektronischen Hausarrest in Kauf nimmt. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, was er tun wird. Er wird natürlich seinen Hausarrest antreten. Ich glaube nicht, dass dies die bayerische Bevölkerung will.

Ein weiteres Argument ist, dass durch den elektronischen Hausarrest keine Taten verhindert werden. Es wird allenfalls die Aufklärung erleichtert. Ein schlagendes Argument für mich ist auch: Wenn Sie diese Regelung weiterdenken, kommen wir auf Dauer nicht umhin, auch in der Untersuchungshaft den Hausarrest einzuführen. Die Frage ist: Wollen wir das? Sie werden rechtspolitisch nicht argumentieren können: Wir führen einen elektronisch überwachten Hausarrest ein und in der Untersuchungshaft negieren wir dieses Instrument. Dieses Problem wirft kritische Fragen auf.

Meines Erachtens besteht auch die Gefahr, dass die Straftaten im sozialen Nahbereich, also in den Familien, zunehmen werden, weil sich der Täter, wenn er aus dem Gefängnis entlassen wird - dieses Instrument soll ja auch bei der Haftentlassung angewandt werden -, nicht bewegen kann. Er bewegt sich nur im familiären Bereich und sieht sich Problemen der Eingliederung gegenüber. Das führt zu einer gewissen Gefahr, dass Straftaten im sozialen Nahbereich zunehmen.

Zuletzt: Das Argument der Kostenminimierung ist nicht zwingend. Wir müssen weiterhin Hafträume vorhalten. Wir haben damit hohe Fixkosten, während relativ geringe variable Kosten bei der Unterbringung anfallen. Die von Herrn Kollegen Streibl zitierten Zahlen sind vom hessischen Justizminister, ob diese auf Dauer realistisch sind, weiß ich nicht. Man darf auch nicht übersehen, dass der Einsatz elektronischer Aufsicht zu wesentlichen neuen Kosten führen würde. Überwachung ist aufgrund der elektronischen Technik teuer, und außerdem sollen die Täter psychosozial begleitet und betreut werden, wie das im Gesetzentwurf steht. Auch das ist ein nicht unerheblicher Kostenfaktor, der nicht zu vernachlässigen ist.

Im Ergebnis: Wir werden diesen Gesetzentwurf im Ausschuss kritisch prüfen. Wir haben große Zweifel

an dieser Regelung. Wir haben Zweifel, ob diese Regelung unserem staatlichen Sanktionssystem und unserem bewährten Vollzugssystem entspricht. Wir sind der Meinung, dass wir das Modellprojekt in Baden-Württemberg, das demnächst - entweder im August oder im September - anläuft, abwarten sollten.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner ist Herr Kollege Arnold.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Diesen Gesetzentwurf, Herr Streibl, haben Sie deswegen vorgelegt, weil Sie ihn in Baden-Württemberg gefunden haben. Sie haben ihn 1 : 1 abgekupfert und uns sozusagen das Vergnügen bereitet, ähnliche Diskussionen zu führen. Wenn man nichts anderes zu bieten hat, als andere Länder zu kopieren, dann muss man auch die Diskussion aus den anderen Ländern in Kauf nehmen. Dazu sage ich Ihnen Folgendes: Herr Heribert Prantl hat genau über diese Situation geschrieben: Nicht ganz recht, aber billig. Wir haben mit unserem Strafrechtssystem ein fest normiertes System, und zwar entweder Geldstrafe oder Haftstrafe, mit positiver Prognose Bewährung, mit negativer Prognose ohne Bewährung.

Ich darf die Justizministerin zitieren, die sagt: Nur in Haft hat die Behörde Möglichkeiten, auf die Gefangenen einzuwirken. Eine Fußfessel hindert einen Täter nicht an schlechten Taten. - Das ist der Hintergrund dieser Geschichte.

Nun haben wir in Bayern - der Rechtsstaat ist von Herrn Kollegen Dr. Rieger schon bemüht worden - andere Instrumente installiert, um diese Notsituation, diese Übergangssituation von Ersatzfreiheitsstrafe und Sonstigem zu lösen. Ich erinnere an das Projekt "Schwitzen statt Sitzen". Es bedeutet: Niemand muss in den Knast gehen, der bereit ist, sozial nützliche Arbeit zu leisten. Das Argument, eine Mutter könne sich möglicherweise nicht mehr um die Kinder kümmern, zeigt deutlich, welches Familienbild Sie haben. Wir kämpfen in diesem Land - nahezu einig - darum, Kinderkrippen, Tagesstätten usw. zu schaffen, und Sie kommen mit dem Argument, Schwitzen statt Sitzen, das auch sozial verträglich gestaltet werden kann, mache es unmöglich, Kinder in einer Familie zu erziehen. Das ist an den Haaren herbeigezogen und zeigt, dass Ihre Argumentation ganz weit weg von der Realität ist.

Noch ein Argument ist wichtig: Wenn Sie derartiges machen wollen, dann kommen randständige Personen - Personen, die ihren Lebensmittelpunkt nicht immer an einem Ort haben, Obdachlose, Arbeitslose dem Grunde nach sowie bei der Entlassungsvorberei-

tung auch Personen ohne Familienangehörige - nicht in den Genuss dieses Systems. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch unsozial. Von uns Sozialdemokraten wird das abgelehnt, weil das ein Schritt in eine sogenannte Klassenjustiz ist. Das lassen wir uns nicht bieten.

(Beifall bei der SPD)

Einen weiteren Punkt haben wir bisher noch nicht angesprochen: Was ist mit dem Datenschutz? Wo laufen die Daten zusammen, und wie werden sie geschützt? Hierzu fehlt es in Ihrem Gesetzentwurf an Ausführungen. Die Bewegungsmeldungen, die für solche Personen erstellt werden können, lassen viele Rückschlüsse zu. Das muss nicht unbedingt im Sinne des Strafvollzugs sein.

Des Weiteren weise ich darauf hin: Wenn Sie so etwas einführen, dann sind auch Sanktionen notwendig. Sanktionen müssen verhängt werden können, wenn diese Fußfesselaufgabe nicht eingehalten wird. Es müssen aber auch Überwachungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten eingeführt werden. Wenn jemand im Stau steht und sich mit seiner Fußfessel nicht rechtzeitig zurückmeldet, dann muss das insoweit kolportiert werden.

Sie sprechen von Kostenersparnis. Es kommen aber wesentlich mehr Kosten auf uns zu, weil die Überwachung dieser Fußfesselaufgabe wesentlich mehr erfordert. Es bleibt zu besorgen, dass Sie irgendwann einmal darauf spekulieren, dass diese ganze Angelegenheit in private Hände übertragen wird. Dann sind wir tatsächlich beim Entlarven Ihrer Argumentation. Es geht Ihnen um Kostenersparnis. Der Strafvollzug ist Resozialisierung und Sühne. Das hat nichts mit Kosten zu tun. Die Kosten nehmen dabei eine marginale Rolle ein. Wir werden in diesem Zusammenhang den Vorschlag im Ausschuss kritisch behandeln, aber Sie müssen sich richtig ins Zeug legen, damit wir den abgekupfernten Beschluss aus Baden-Württemberg übernehmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Stahl.

Christine Stahl (GRÜNE): Meine Herren und Damen! Kann die elektronische Fußfessel mit GPS-Verortung die Defizite im bayerischen Strafvollzug in den Griff bekommen? Kann sie die auffangen? - Nein, das kann sie natürlich nicht. Sie kann allenfalls für einen ganz kleinen Personenkreis eine Ergänzung oder freiwillige Alternative zur Haft sein. Jedoch ist sie keine Lösung bei Überfüllung, bei unserem Personalmangel und bei fehlender Entlassungsvorbereitung. Wir ver-

missen beispielsweise ein Übergangsmanagement. Dafür wird es in der nächsten Zukunft noch Vorschläge geben. Wir haben dazu einen Antrag eingereicht. Außerdem vermischen wir hier die ganz klare Ausrichtung an den tatsächlich notwendigen Kosten des Strafvollzugs.

Die Fußfessel kann auf jeden Fall kein Sparbeitrag sein. Sie kann auch keine Antwort auf die jetzt anstehende Entlassung von Schwerststraftätern, aufgrund der Aufhebung der nachträglichen Sicherungsverwahrung sein.

Dem Gesetzentwurf können wir allenfalls zugute halten, dass es sich um eine Rechtsgrundlage für einen auf drei Jahre befristeten Feldversuch handelt. Damit ist man immerhin schon weiter, als es die Staatsregierung in der Vergangenheit war, die meinte, für Videoüberwachung und Kennzeichen-Scanning keine Rechtsgrundlage haben zu müssen, da es sich nur um Modellversuche handelte. Aber letztendlich wollen auch Sie wiederum nur ein Modellprojekt haben. Dazu meinen wir, dass ein solches nicht mehr notwendig ist, nachdem es bereits in Hessen und Baden-Württemberg wissenschaftlich begleitete Modellprojekte gegeben hat.

Wir verfügen auch über die Erfahrungen anderer Länder mit der Fußfessel. Diese gibt es zum Beispiel auch in den Niederlanden und in Schweden. Ich kann nicht nachvollziehen, warum man nicht auf deren Erfahrungen zurückgreift. Ein bisschen drängt sich der Verdacht auf, dass Sie Ersatzgesetzgeber sein wollen. Auf Bundesebene kommt man nämlich mit der Fußfessel aus den verschiedensten politischen Gründen nicht zu Potte.

Die Debatte über die Fußfessel läuft bunt durcheinander. Auf der einen Seite soll sie ein Mittel der Führungsaufsicht sein. Dann soll sie den Hausarrest sichern. Sie soll auf der einen Seite Ersatzfreiheitsstrafe möglich machen und auf der anderen Seite die Entlassungsvorbereitung bedienen. Die Innenminister entwickeln sehr viel Phantasie bezüglich der Fußfessel. Sie haben sich Gedanken darüber gemacht, wo man sie sonst noch einsetzen könnte. Aber ich sehe nicht, dass man dafür eine durchdachte Rechtsgrundlage hätte.

Aufgrund der Formulierung in Ihrem Gesetzentwurf entsteht natürlich der Eindruck, dass es Ihnen zuallererst - das haben Sie auch mit Ihrem Wortbeitrag bestätigt - um Kosteneinsparung geht. Das geht aus Ihrer Pressemitteilung vom 22. Juni 2010 und aus dem Problemaufriss des Gesetzentwurfes hervor.

Sie setzen Kosten von circa 96 Euro pro Haftplatz an. Der Satz liegt in Bayern aber sehr viel höher; er liegt

hier bei circa 119 Euro und kann unter Umständen noch höher liegen. Des Weiteren gehen Sie von Kosten für die Fußfessel in Höhe von 33 Euro aus. Wir haben das einmal durchgerechnet. Wenn Hessen zwei Millionen Euro einsetzt, dann bedeutet das pro Person täglich 89 Euro, wenn man die Fußfessel einsetzt. Aber da stimmt dann etwas mit den Zahlen nicht.

Ich frage mich natürlich auch: Wie steht es denn mit den Kosten für den Einsatz der Fußfessel? Wie sieht es mit der Überwachung aus? Wer finanziert sie? Oder wollen Sie die Überwachung eventuell privatisieren, wie es woanders schon angedacht ist?

Letztendlich geht es nicht um die Kosten, sondern darum, dass man mit der Fußfessel erreichen will, sich mit dem Problem des Strafvollzugs in Bayern nicht weiter auseinandersetzen zu müssen. Sie machen im Grunde genommen einen Nebenkriegsschauplatz auf, der aus meiner Sicht hier nichts verloren hat. Wir wollen ganz klare Regelungen im Strafvollzug haben. Wir wollen, dass die Probleme vor allem im bayerischen Strafvollzug, was die Personalsituation angeht, ordentlich gelöst werden. Wir wollen verstärkte Resozialisierungsbemühungen verwirklichen. Alles andere ist aus unserer Sicht Opium fürs Volk.

Ich bitte Herrn Rieger, in sich zu gehen. Er meinte, durch Einführung der Fußfessel käme es zu einem Kuschelvollzug. Aber letztendlich haben wir bereits einen Zweiklassenstrafvollzug: Wer die Geldstrafe zahlen kann, darf nach Hause gehen; wer sie nicht zahlen kann, geht in den Knast light. Deswegen finde ich die Debatte hier etwas einseitig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner in der Aussprache ist Herr Kollege Dr. Fischer. Ihm folgt Frau Staatsministerin Dr. Merk.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Hohe Belegungszahlen in den Justizvollzugsanstalten, hohe Kosten im Strafvollzug, hohe Rückfallquoten bei entlassenen Strafgefangenen - all das legt die Suche nach Alternativen nahe. Warum also nicht die elektronische Aufsicht? Warum nicht die Fußfessel? Ich meine, es ist sinnvoll, zwischen den einzelnen Anwendungsbereichen, die hier diskutiert werden, zu differenzieren.

Um es vorwegzuschicken: Bei potenziell gefährlichen Straftätern verbietet sich die Fußfessel von selbst. Die Fußfessel ermöglicht zwar vielleicht eine nachträgliche Feststellung, wer sich wann wo aufgehalten hat, aber - das ist die entscheidende Erkenntnis - die Fuß-

fessel kann keine einzige Straftat verhindern. Deswegen lehnen wir die Fußfessel als Alternative bei gefährlichen Straftätern grundsätzlich ab.

Der Gesetzentwurf der Freien Wähler nennt zwei andere Anwendungsbereiche: den Vollzug der Ersatzfreiheitsstrafe und die Vorbereitung der Entlassung. Doch auch hier gibt es einiges zu bemängeln.

Zum einen geht es - das ist mehrfach angesprochen worden - um ein Projekt in Baden-Württemberg und um einen Versuch in Hessen. Es lohnt sich, den Sachstand beider Projekte etwas näher zu beleuchten. Das Projekt in Baden-Württemberg hat noch gar nicht begonnen, noch nicht einmal als Modellversuch. In Hessen, das seit 2000 Vorreiter auf diesem Feld ist, ist die Auswertung noch nicht abgeschlossen.

Nun ist die Frage zu stellen: Wenn Sie von den Ergebnissen so überzeugt gewesen wären, dass Sie sie gleich übernommen hätten, dann hätten Sie das in das Strafvollzugsgesetz schreiben müssen. Wenn Sie hier jetzt aber einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen, dann machen Sie de facto einen dritten Modellversuch. Dazu sage ich: Wir brauchen keinen dritten Modellversuch auf deutschem Boden. Wir sollten die Ergebnisse der anderen Versuche abwarten.

Ich will es ganz deutlich sagen. In der Sache gibt es einiges kritisch zu beleuchten. Wir haben mit Sicherheit - das ist in Ihrem Gesetzentwurf einkalkuliert - höhere Kosten für psychosoziale Betreuung. Wenn dies so ist, stellt man sich die Frage: Ist das bei der Problematik auf der psychosozialen Seite der richtige Weg?

In der Praxis gibt es zahlreiche Probleme der Überwachung. Was tut der Betroffene? Was darf er? Er darf zur Arbeit gehen. Er darf einkaufen. Aber was machen wir, wenn er sich beim Einkaufen mit Alkoholika eindeckt und sie zu Hause bis zur Bewusstlosigkeit konsumiert? Ist das sinnvoll? Eine Einwirkungsmöglichkeit besteht nicht.

Dann gibt es das Kostenargument. Die Kosten müssen sehr genau durchkalkuliert werden. Wenn wir einen schmalen Anwendungsbereich haben - Sie gehen ja von einem schmalen Anwendungsbereich aus -, dann werden die Kosten pro Einzelfall natürlich entsprechend hoch sein.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist die Zustimmung der Mitbewohner. Wird hier nicht der Betroffene durch den Mitbewohner erpressbar? Der Mitbewohner könnte sagen: Wenn ich es nicht will, dann kriegst du nicht die Chance auf eine elektronische Fußfessel. Dies ist etwas, was ich als durchaus bedenklich ansehe.

Bezüglich des Datenschutzes möchte ich nicht weiter ins Detail gehen. Da kann ich mich dem anschließen, was Kollege Arnold gesagt hat. Ich kann mich auch Herrn Kollegen Rieger anschließen, der zu Recht darauf hingewiesen hat, dass ein Wahlrecht zwischen Geldstrafe und elektronischer Fußfessel bestehen könnte.

Ich möchte noch auf etwas eingehen, was besonders für den zweiten Anwendungsfall eine Rolle spielt. Ich meine die Vollzugslockerungen. Die Vollzugslockerungen dienen der Resozialisierung, sie dienen dazu, dem Täter wieder ein Leben unter normalen Umständen nahezubringen. Er soll lernen, wieder unter normalen Bedingungen zu leben. Das Leben mit einer elektronischen Fußfessel ist aber doch kein normales Leben, eine elektronische Fußfessel hat nichts mit Vollzugslockerungen, beispielsweise einem Freigang, zu tun. Deswegen sage ich ganz klar: Bei mir überwiegt die Skepsis, und ich halte den Vorschlag für bedenklich. Ich bin aber gespannt auf die Diskussion. Ich will keine Tür zuschlagen. Die Meinungsbildung in unserer Fraktion jedenfalls ist noch nicht abgeschlossen. Wir werden uns sorgfältig mit dem Gesetzentwurf auseinandersetzen müssen. Aber einfach den Gesetzentwurf eines anderen Landes abzuschreiben,

(Franz Schindler (SPD): Eines FDP-Ministers!)

ist uns etwas zu wenig.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Letzte Rednerin im Rahmen der Aussprache ist Frau Staatsministerin Dr. Merk. Bitte schön.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon gehört: Der Gesetzentwurf über die elektronische Aufsicht im Vollzug der Freiheitsstrafe in Bayern, den die Freien Wähler vorlegen, ähnelt ganz verblüffend dem entsprechenden Gesetz in Baden-Württemberg. Okay, das wissen wir. Man muss das Rad nicht immer wieder neu erfinden. Nur, zu diesem Gesetz habe ich mich bereits deutlich kritisch geäußert, auch zu Einzelheiten Ihres Gesetzentwurfs. Ich bleibe bei meiner Meinung.

Elektronisch überwachter Hausarrest zur Vermeidung der Ersatzfreiheitsstrafe ist kriminalpolitisch ein falsches Signal. Weder würde die rechtstreue Bevölkerung die Verhängung des elektronisch überwachten Hausarrests als richtige und gleichwertige Strafe erachten, noch würde derjenige, der den Hausarrest absitzen muss, diesen als gleichwertige Strafe empfinden. Es besteht überhaupt kein Bedarf für einen solchen Hausarrest.

Ich glaube auch nicht, dass der elektronisch überwachte Hausarrest billiger als ein Haftplatz ist. Da muss ich Frau Kollegin Stahl widersprechen. Im Jahr 2009 kostete uns ein Haftplatz im Durchschnitt 76 Euro pro Tag. Das ist im Vergleich zu Haftplätzen in anderen Ländern nicht teuer. Die Kosten des elektronisch überwachten Hausarrests werden nicht niedriger sein. Außerdem wird die Ersatzfreiheitsstrafe nur vollzogen, wenn der Betroffene die Strafe nicht bezahlen kann. Es gibt aber für diejenigen, die gutwillig sind, aber nicht bezahlen können, durchaus Alternativen. Ich nenne erziehende Elternteile, ältere Menschen und unregelmäßig Beschäftigte als Beispiel. Ihnen wird eine Stundungsmöglichkeit offeriert, ihnen wird Ratenzahlung ermöglicht, oder sie können gemeinnützige Arbeit leisten. Letzteres ist heute schon angesprochen worden. Unser Projekt "Schwitzen statt Sitzen" ist ein großer Erfolg. Bei echten Härtefällen - ich nenne als Beispiel schwere Krankheit oder Ähnliches - kann das Gericht anordnen, dass die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe unterbleibt.

Was folgt daraus? Daraus folgt, dass Nutznießer der vorgeschlagenen Regelung primär diejenigen wären, die schlichtweg nicht bezahlen wollen. Diese Kandidaten brauchten dann nicht einmal mehr gemeinnützige Arbeit abzuleisten, sondern sie wären fein heraus. Würde man den elektronisch überwachten Hausarrest einführen, wäre für viele der Anreiz groß, sich gemütlich zu Hause auf das Sofa zu setzen, ein Bierchen zu trinken, fernzusehen und mit dem Blick auf den Kalender darauf zu warten, dass die Zeit abläuft. Das hat mit einer Ersatzfreiheitsstrafe nichts zu tun. Abgesehen davon wird der Zweck der Strafe, bei dem Menschen eine Reflexion über sein Tun auszulösen, verfehlt. Auf der anderen Seite hätten wir Menschen, die Sozialleistungen für die Gemeinschaft erbringen. Das passt nicht zusammen.

Der Einsatz der Fußfessel bei Vollzugslockerungen kostet viel Geld, was in keinem Verhältnis zum Erfolg steht. Zudem soll laut dem Gesetzentwurf die Fußfessel auch bei dem Gefangenen eingesetzt werden, bei dem Fluchtgefahr oder die Gefahr, dass er einen Missbrauch begeht, besteht. Das halte ich für schlichtweg unerträglich. Das halte ich auch für überhaupt nicht mit den Sicherheitsbedürfnissen unserer Bevölkerung vereinbar. Wir müssen uns darüber klar sein: Eine elektronische Fußfessel hindert einen Täter nicht an der Flucht oder an dem Begehen einer Straftat.

Mit Blick auf die angespannte Haushaltslage wird den Bürgern durch Sparmaßnahmen einiges abverlangt. Warum sollten wir angesichts dieser Haushaltslage ein solches Projekt im Freistaat durchführen? Ich sage nur dann Ja zur Fußfessel - Herr Kollege Streibl, da treffen wir uns -, wenn sie Sinn ergibt, nämlich als

begleitende bzw. unterstützende Maßnahme bei der zwingend vorgeschriebenen Entlassung von Straftätern. Es steht uns bevor, dass wir möglicherweise Straftäter aus der Haft bzw. aus der Sicherungsverwahrung entlassen müssen. Wenn wir der Meinung sind, dass diese Personen so gefährlich sind, dass ein Rückfall droht - ich spreche insbesondere von Gewalt- oder Sexualstraftätern -, dann müssen wir dieses Instrument nutzen. Bei einer hohen Rückfallgefahr oder wenn Führungsaufsicht angeordnet ist, ist die Fußfessel notwendig. Frankreich und Schweden sind in dieser Hinsicht unsere Vorbilder.

Wir müssen dabei beachten, dass die Technik noch nicht perfekt ist. Deswegen müssen wir zunächst einmal die technische Zuverlässigkeit prüfen. Dazu brauchen wir ein Gesetz - das ist richtig -, aber ich schlage vor, dass wir ein solches Gesetz nur für die Fälle vorsehen, für die wir keine andere Möglichkeit sehen und bei denen eine zusätzliche Sicherheit erforderlich ist. Der vorliegende Gesetzentwurf bringt uns in dieser Hinsicht nicht weiter. Er ignoriert, dass es für die genannte Zielgruppe bereits Alternativen gibt. Ich plädiere dafür, den Gesetzentwurf der Freien Wähler abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Damit ist die Aussprache zu diesem Gesetzentwurf geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss zu überweisen. - Es besteht Einverständnis. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 d auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FW) zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Drs. 16/5284) - Erste Lesung -

Auch dieser Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Ich erteile Frau Kollegin Gottstein das Wort.

Eva Gottstein (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier um einen Gesetzentwurf, der Ihnen vielleicht bekannt vorkommt. Er ähnelt dem Gesetzentwurf, den die SPD vor einiger Zeit vorgestellt hat. Wir fanden ihn - das haben wir schon damals gesagt - von der Grund-

richtung her gut und richtig, hielten aber die Vorschläge zur Umsetzung für nicht korrekt. Deswegen legen wir jetzt einen Gesetzentwurf vor, der fast das Gleiche wie der der SPD will, aber andere Konsequenzen nach sich zieht.

(Heiterkeit bei der SPD)

- Sie lachen, liebe Kollegen von der SPD. Die Konsequenzen sind andere. Sie wollten, dass die Finanzierung über den Staatshaushalt erfolgt, wir hingegen wollen, dass die Finanzierung so bleibt wie bisher. Wir wollen für die betroffenen Schülerinnen und Schüler aber sehr wohl das Gleiche erreichen. Bei den Vorschlägen zur Finanzierung unterscheiden wir uns von Ihnen.

Schauen Sie in den Gesetzentwurf. Wir haben uns mit den Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP schon darüber unterhalten. Der Sachverhalt ist eigentlich nicht mehr strittig. Dass sich die Lernmittelfreiheit nur auf Schulbücher bezieht, ist heute nicht mehr zeitgemäß und in hohem Maße unsozial. Heute gibt es Schulbücher, Lehrwerke - ich nenne speziell die Fächer Mathematik, Deutsch und Englisch -, die ohne die entsprechenden Arbeitshefte nicht benutzt werden können. Sie müssten sonst dem Schüler oder den Eltern jeden Tag erklären, dass zwar in dem Schulbuch steht "Hausaufgabe: siehe Arbeitsheft sowieso" oder "Übung: siehe Arbeitsheft, Seite sowieso", aber dass Sie das dazugehörige Arbeitsheft nicht haben, dass also diese Aufgaben nicht gemacht werden können. Sie können heute Englisch oder Deutsch - in Mathe bin ich nicht ganz so sattelfest, aber auch da wird es mir so berichtet - nicht nach modernen Lehrwerken unterrichten, außer Sie nehmen eben das Arbeitsheft dazu - dieses Arbeitsheft kostet heute um die 10 Euro - oder Sie kopieren es, und dann machen Sie sich strafbar.

Wenn Sie also heute moderne Lehrwerke verwenden wollen, müssen letztendlich die Arbeitshefte vom Schulträger mit angeschafft werden. Das Gleiche gilt für die Formelsammlungen und für den Atlas. Nach unserer Meinung ist nach wie vor nicht einzusehen, warum man vor zehn oder zwölf Jahren auf einmal gemeint hat, der Atlas sei ein Schulbuch, das man selber kaufen könne. Sie wissen: Der Diercke-Weltatlas kostet inzwischen rund 50 Euro. Was machen Sie dann bitte schön bei drei Kindern? Und Sie sagen noch, das sei sozial gerechtfertigt.

Es geht aber, wie gesagt, auch noch um andere Lernmittelfreiheit. Sie gehen heute im Rahmen des Deutschunterrichts ins Schultheater, Sie holen sich - das ist doch löblich und wird vonseiten des Ministeriums heute auch immer wieder gefordert - Musikgrup-

pen ins Haus und holen sich zum Beispiel Zeitzeugen ins Haus.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Für alles muss letztlich gelöhnt werden. Dann bekommt halt der Schüler wieder einen Zettel mit nach Hause: Bitte 3 Euro, bitte 5 Euro, bitte 10 Euro. Ich habe zum Beispiel zu Beginn eines Schuljahres ausrechnen lassen: Allein die Arbeitshefte eines Fünft- oder Sechstklässlers kosteten oft 40 Euro bis 50 Euro, die man den Eltern hat zusätzlich zumuten müssen, weil es nicht anders möglich war.

Insoweit ist unser Gesetzentwurf noch mit dem Gesetzentwurf der SPD identisch. Wir wollen, dass der heutige Schüler, ganz gleich, wie reich sein Elternhaus ist, nach modernen Gesichtspunkten unterrichtet werden kann. Dazu gehört die entsprechende Ausstattung. Das ist heute eventuell auch eine CD-ROM, das ist eben ein Arbeitsheft, eine Formelsammlung oder der Besuch eines Schultheaters.

Wir wollen aber weder die Mittel erhöhen, noch wollen wir eine Umverteilung.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Also gar nichts!)

Wir wollen, dass das nach wie vor so bleibt, wie es ist, und wir reden auch aus der Praxis. Ich weiß, wie oft wir seitens der Schulleitung ein Buch, weil es noch nicht zerfleddert war und weil es noch absolut den Anforderungen entsprochen hat, gerne behalten hätten. Wir hätten das neue Buch gern nicht gekauft, aber wir haben es gekauft, weil der Etat da war. Stattdessen hätten wir gerne ein Arbeitsheft gekauft. Wir durften das Arbeitsheft nicht kaufen, weil es dem Träger verboten ist, es zu finanzieren.

Wir sind nach wie vor sehr wohl für die Selbstverwaltung im Bereich des Budgets der Schulen, der Schulträger. Die Schulfamilie entscheidet in dem Fall doch auch mit dem Schulforum, mit dem Elternbeirat in äußerst demokratischer Weise, ob ein Lesebuch zusätzlich angeschafft wird, ob ein Erdkundebuch neu angeschafft wird usw. Hierbei besteht sehr viel Ermessensspielraum. Dieser Ermessensspielraum kann bislang nicht im Sinne der modernen Arbeitsmittel genutzt werden. Das möchten wir durch unseren Gesetzentwurf erreichen. Deswegen verstehen wir nicht, warum man ihm nicht zustimmen kann. Es liegt im Sinne eines modernen Unterrichts, es liegt im Sinne einer sozialen Ausgewogenheit. Umgekehrt möchten wir einem Schüler heute nicht zumuten, sondern so viel noch zusätzlich zu zahlen.

In diesem Sinne bitten wir um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Frau Kollegin. Nächster Redner ist Herr Kollege Ländner. Ihm folgt Kollege Pfaffmann.

Manfred Ländner (CSU): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es war an sich anzunehmen und es ist auch durchaus legitim, dass bei den Beratungen über das Schulfinanzierungsgesetz, über das BayEUG, in die wir ja morgen intensiv einsteigen werden, auch die Frage der Lernmittelfreiheit intensiv diskutiert wird. Ich habe durchaus Verständnis, wenn die SPD, wie geschehen, die Lernmittelfreiheit ausweiten möchte.

Es ist das übliche Spiel: Die Opposition fordert kostspielige Dinge, die Regierung muss es verweigern. Die handelnden Parteien sind hier austauschbar. Wir haben das erst in der letzten Woche diskutiert und aus Kostengründen ablehnen müssen. Ich bin überzeugt, dies war auch richtig; denn wir haben im Bereich der Bildung durchaus auch andere kostenintensive Aufgaben zu erledigen, Aufgaben, auf die wir uns konzentrieren müssen. Dabei geht es um Inklusion, dabei geht es um Jugendsozialarbeit an Schulen, dabei geht es um die Ausweitung von Ganztagsangeboten und vieles mehr. Dies sind alles Dinge, die wichtig sind und vermutlich sehr viel Geld kosten werden. Ich glaube nicht, dass die absolute Lernmittelfreiheit, wie sie hier wieder gefordert wird und auch letzte Woche gefordert wurde, in der Abwägung, wo man Geld einsetzen soll, oberste Priorität genießen muss, zumal sich das jetzige System meines Erachtens bewährt hat.

Ich gebe zu: Man kann hier und da nachfordern, man kann mehr fordern, man kann auch immer wieder sagen, unsere Gesellschaft sei eine Gesellschaft der Mittellosen. Das sind wir nicht. Ich bin dankbar dafür, dass in Artikel 21 Absatz 3 Satz 2 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes gerade auch der soziale Ausgleich sichergestellt ist, auch wenn wir nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts durchaus nachbessern müssen, was die Versorgung mit schulischen Mitteln, was die Bedürfnisse der Kinder von sozial Schwachen angeht. Ich glaube nicht, dass diese Frage über das Schulfinanzierungsgesetz gelöst werden kann.

Ich wiederhole: Unser jetziges System hat sich bewährt. Ich sehe nicht die logische Konsequenz, die Sie sehen, sehr geehrte Frau Kollegin Gottstein, wie Sie unter Punkt D Ihres Antrages steht: Frage: Kosten? Antwort: Keine. Sie haben auf das Budget hingewiesen. Dieses Budget stellt der Sachaufwandsträger, unterstützt durch Mittel des Freistaats Bayern, für Bü-

cher zur Verfügung. Sie wollen nun dasselbe Budget - nicht höher, nicht niedriger - nicht nur für Schulbücher verwenden, sondern auch für Atlanten, Lektüren, Arbeitsblätter, Schreibzeug, Taschenrechner und Kosten für verbindliche Schulveranstaltungen darunter subsumieren.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Manfred Ländner (CSU): Ja.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte sehr, Frau Gottstein.

Eva Gottstein (FW): Ich möchte wirklich noch einmal darauf hinweisen, dass keine Kosten entstehen. Keine Kosten - das habe ich erklärt. Ich glaube, Sie haben nicht verstanden, dass man Ermessensspielräume ausnutzen muss. Sie zeigen durch Ihre Beispiele gerade, dass Sie von der Praxis draußen nicht viel Ahnung haben.

(Beifall der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

Manfred Ländner (CSU): Liebe Frau Kollegin Gottstein, Sie zeigen, dass Sie überhaupt nicht zugehört haben.

(Beifall bei der CSU)

Sie hatten sich erstens bereits zur Zwischenfrage gemeldet, ohne dass ich auf Seite 4 meines Manuskriptes und damit auf diese Frage überhaupt eingegangen bin. Zweitens war ich jetzt gerade mittendrin, und ich wiederhole mich: Sie haben null Kosten und wollen dasselbe Budget, das Sie bisher haben, nicht nur für Schulbücher verwenden, sondern zusätzlich für Atlanten, Lektüren, Arbeitsblätter, Schreibzeug, Taschenrechner und Kosten für verbindliche Schulveranstaltungen. So weit gehen wir doch konform. So weit war ich bis jetzt im Text. Also kann ich gar nicht nichts verstanden haben; denn ich war noch nicht weiter.

Jetzt kommt der zweite Satz - Frau Gottstein, da stehen Sie mir sicherlich auch noch in Freundschaft bei -: Die Verantwortung für die Verteilung der Kosten liegt dann beim Schulaufwandsträger. Wir werden also in diesem Wettbewerb mehrere Mitspieler haben. Es geht nicht nur um Bücher, sondern es geht mit demselben Budget auch um die genannten Dinge. Sie werden also in der Schulfamilie darüber diskutieren - Sie gestatten, dass ich jetzt etwas extremer formuliere -: Ausflug oder Füllfederhalter, Taschenrechner oder Diercke-Atlas, oder nehmen wir doch ein neues Schulbuch her?

Ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist, diese Frage in der Schulfamilie zu diskutieren, insbesondere dann, wenn vor allem kommunale Sachaufwandsträger durchaus noch andere Dinge berücksichtigen wollen oder müssen. Ich sage nur: Alle sechs Jahre ist Kommunalwahl. Was machen wir dann, wenn vor lauter Begeisterung für Taschenrechner und Diercke-Atlanten unsere Bücher zerfleddern? Dann wird sehr schnell der Ruf laut - und das ist die Befürchtung, die dahintersteht -: Unsere Mittel langen nicht, Freistaat, hilf uns, unsere Bücher zerfleddern. Dann kommt wieder die Aussage, die wir natürlich vermeiden wollen, dass mehr Geld erforderlich ist.

Ich komme zum Schluss mit der Feststellung, dass es sicherlich nicht sinnvoll ist, den Kuchen der Lernmittelförderung in immer kleinere Stücke aufzuteilen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Manfred Ländner (CSU): Das ist abschließend auch dem Kuchen nicht zuträglich, weil ein Kuchen, der in immer kleinere Stücke zerteilt wird, letztendlich zerbröseln.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Bravo!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Pfaffmann äußert sich für die SPD.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir lange überlegt, ob man zu diesem Gesetzentwurf überhaupt etwas sagen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich empfehle Ihnen, liebe Frau Gottstein, doch bitte mit völlig unnötigem Papier nicht den Landtag aufzuhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie diskutieren im Bildungsausschuss über die Lernmittelfreiheit, lehnen aber alles ab, was Lernmittelfreiheit bedeutet. Dann warten Sie 14 Tage und singen hier das Hohelied auf die Lernmittelfreiheit. Das ist doch nichts anderes als der Versuch eines Beschäftigungsnachweises für Ihre eigenen Wähler, was Sie hier treiben. Sie erreichen mit diesem Gesetzentwurf gar nichts, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

Ich darf noch einmal erinnern: Vor 14 Tagen im Bildungsausschuss haben wir dieses Thema ausführlich diskutiert. Sie, liebe Frau Gottstein, und Ihre Fraktion -

bei der CSU und der FDP ist es klar, weil sie Regierungsfractionen sind - haben vor 14 Tagen die Lernmittelfreiheit abgelehnt. Sie haben jeden Versuch unterbunden, die mittlerweile höchst teuren Kopierkosten und was Sie jetzt wieder angeführt haben sozusagen in die Kostenpflicht der Sachaufwandsträger hineinzugeben. Das haben Sie alles abgelehnt. Und jetzt, 14 Tage später, versuchen Sie, den Menschen und Zuhörern zu vermitteln, dass Sie die Kämpfer für die Lernmittelfreiheit sind. Liebe Kollegin Gottstein, bei allem Respekt: Das kann nicht verfangen. Damit werden Sie keine Legitimation für diesen Landtag generieren, auf diese Art und Weise nicht.

Und jetzt zu Ihrem Gesetzentwurf. Sie sagen nichts anderes, als dass die Kommunen in die Lage versetzt werden sollen, können, dürfen, Kopierkosten zu bezahlen. Liebe Frau Gottstein, Sie reden immer von der Praxis. Das dürfen sie heute schon. Wenn heute ein Gemeinderat entscheidet, wir bezahlen Kopierkosten, darf er das entscheiden. Und wenn er kein Geld hat und beschließt es trotzdem, dann wird er von der Regierung beanstandet. Wenn er aber Geld hat, der Gemeinderat, darf er das machen. Dazu brauchen wir nicht die Freien Wähler.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zum Zweiten formulieren Sie Ausnahmemöglichkeiten, Befreiungstatbestände für Familien mit niedrigem Einkommen. Darf ich Sie auch hier daran erinnern: Das gibt es bereits. Auch dafür brauchen wir keinen Gesetzentwurf der Freien Wähler, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wer es mit der Lernmittelfreiheit ernst meint, der muss dafür sorgen, dass die Familien von den Schulkosten entlastet werden, und zwar von den Schulkosten für alles, was die Schule als Schulveranstaltung deklariert und feststellt. Wenn die Schule sagt, es ist eine Pflichtveranstaltung, ins Schullandheim zu fahren, und dafür den Eltern 50 Euro abnimmt, dann, bin ich der Meinung, gehört das in den Katalog der Lernmittelfreiheit und nichts anderes. Dafür brauche ich auch keinen Gesetzentwurf der Freien Wähler. Das kann ich heute schon machen.

Insofern versuchen Sie hier doch nichts anderes, als den Menschen glauben zu machen, die Freien Wähler wären die Vorreiter der Lernmittelfreiheit. Kolleginnen und Kollegen, darauf können wir verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir würden uns auf der Tagesordnung des Bildungsausschusses viel Zeit und viel Diskussion und viel Geld ersparen, wenn wir mit solchen Gesetzentwürfen verschont bleiben würden. Hätten Sie vor 14 Tagen - auch wenn es nichts genützt hätte, weil wir die Mehrheit nicht gehabt hätten, das stimmt schon - der Lern-

mittelfreiheit zugestimmt, wären Sie heute glaubwürdiger.

Zum Kollegen Ländner noch einen Satz. Herr Kollege Ländner, es ist immer das gleiche Totschlagargument, das Sie anführen, das werden wir morgen auch wieder hören. In Ihrem Gesetzentwurf zur Änderung des EUG steht bei Kosten auch "keine". Das brauchen Sie den Freien Wählern nicht vorzuwerfen, das machen Sie genauso. Das Totschlagargument, dass man kein Geld habe und deswegen nicht für bessere Bildung sorgen könne, mag zwar für Kleingeister und Finanzpolitiker das richtige Argument sein, aber es ist sicherlich kein bildungspolitisches Argument für dieses Land. Wir haben Riesendefizite und deswegen müssen wir auch bereit und in der Lage sein, in bildungspolitische Innovationen zu investieren. Da kann man nicht bei jedem Vorschlag herkommen und sagen: Das kann man nicht finanzieren. Das ist ein Totschlagargument und letztendlich die Kapitulation vor notwendigen bildungspolitischen Reformen. Das werden wir morgen bei der Zweiten Lesung auch noch einmal deutlich erleben.

Kolleginnen und Kollegen, ein Landtagskompromiss oder von mir aus ein allgemeines Ziel - -

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, denken Sie bitte - -

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ich weiß schon. Die CSU hat um eine Minute und zehn Sekunden überzogen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ja.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ich bin auch gleich fertig. Ein gemeinsames Ziel, die Bildung voranzutreiben, kleine Klassen, mehr Ganztagschulen, was auch immer, braucht mehr Finanzmittel, nicht immer wieder das stupide, gleich vorgetragene Argument: Wir haben kein Geld. Da sage ich nur: Landesbank.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Tolle für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, Herr Pfaffmann, ging es mir ähnlich wie Ihnen. Ich habe mich gefragt: Um was könnte es hier gehen? Wenn man gutwillig ist, könnte man meinen, die Absicht sei es, die Eltern bzw. die volljährigen Schülerinnen und Schüler zu entlasten oder mehr Flexibilität für die Sachaufwandsträger herzustellen.

Ich will Ihnen sagen, was die GRÜNEN wollen, wenn es um Lernmittelfreiheit geht. Ich denke, wir sollten uns alle einmal überlegen, was wir tun können, um mehr Bildungsgerechtigkeit in Bayern herzustellen. Und ein bisschen, habe ich mir gedacht, geht es vielleicht auch um die selbstständige Schule.

Wenn ich mir jetzt den Gesetzentwurf anschau, stelle ich fest, Frau Gottstein: Das Ziel Gerechtigkeit ist nicht erreicht. Sie geben ja nicht mehr Geld aus. Wenn Sie den Befreiungstatbestand "ohne Kosten" für die Kommunen ernst meinen, dann, erinnere ich Sie daran, müssten Sie den Artikel 22 ändern, der 12 bzw. 26 Euro pro Jahr für die Schülerinnen und Schüler zuweist. Da frage ich Sie, wie das in Wirklichkeit aussieht. Muss ich dann entscheiden, ob Ausflug oder Bücher?

Und dann kommt das Nächste, Frau Gottstein. Das Schulforum gibt nur eine Stellungnahme ab, entscheiden tut die Kommune. Da ist zumindest für unsere Fraktion das Schulforum entscheidend ausgehebelt. Wenn wir da hinkommen, dass die Gemeinderäte, die Stadträte und die Kreisräte sich in Zukunft auch noch darüber streiten, ob wir ein Schulbuch kaufen, den Ausflug bezahlen oder Arbeitshefte, Frau Gottstein, dann könnte man gleich Ganztagsstadtratsparlamente aufmachen. Das geht nicht. Wenn Sie es ehrlich meinen, müssen Sie Artikel 22 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes ebenfalls ändern. Sie müssen sich in diesem Fall jedoch immer noch die Frage stellen, ob Sie damit Bildungsgerechtigkeit erreicht haben.

Einen anderen Punkt habe ich schon angesprochen. Wir reden viel über die selbstständige Schule. Diese selbstständige Schule kann nicht eigenständig darüber entscheiden, was sie will. Eine Stellungnahme kann ein Gremium nicht entscheidend beeinflussen. Letzten Endes entscheidet es ohnehin, wie es will. Wir wollen, dass die Schulfamilie bei ihren eigenen Angelegenheiten entscheidet. Dies ist mit Ihrem Gesetz mitnichten der Fall.

Wenn Sie es ernst meinen, benötigen wir mehr Geld. In Zeiten knapper Mittel ist dies für uns jedoch keine Maßnahme für Bildungsgerechtigkeit. In Zeiten knapper Mittel müssen Sie das Geld ebenfalls an die Kinder ausschütten, die es wirklich brauchen. Wenn wir mit der Gießkanne das Arbeitsheft der Zahnarzt- oder Abgeordnetentochter bezahlen, ist den armen Kindern nicht geholfen. Deswegen sprechen wir uns für eine vermehrte Differenzierung aus. Auf Bundesebene betrifft dies die Anhebung der Regelsätze für Hartz-IV-Kinder.

Ursula von der Leyen hat einen neuen Vorschlag eingebracht. Wir sollten darüber diskutieren, wie Bayern diesen aufstocken kann, damit der Kultusminister nicht nach jedem Bildungsbericht schreiben muss: Bayern ist zwar Spitze, aber an der Teilhabegerechtigkeit müssen wir noch arbeiten. Zwar gibt es viel zu tun, dies ist jedoch die falsche Stelle. Deshalb werden wir diesem Gesetzentwurf nicht näher treten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Rednerin für die FDP-Fraktion ist Frau Kollegin Sandt. Bitte schön.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist unbestritten, dass wir alle die Lernmittelfreiheit für Schulbücher befürworten. Ich finde es richtig und wichtig, dass es diese Härtefallregelung gibt, die Sie in Ihrem Vorschlag aufgeführt haben. Kinder aus kinderreichen Familien und von Hartz-IV-Empfängern werden finanziell entlastet. All dies ist bereits der Fall. Dies ist richtig und nur zu unterstützen. Die Finanzierung der Klassenfahrten wird bereits weitgehend von der öffentlichen Hand unterstützt. In vielen Fällen gewähren die Schulen weitere Zuschüsse. Dies alles ist zu unterstützen.

Ich war jedoch erstaunt darüber, dass die SPD-Fraktion, die den ersten Anstoß zur Lernmittelfreiheit gegeben hat, die Befreiungstatbestände offensichtlich nicht kennt. Das war beeindruckend. Die SPD, die immer so tut, als sei sie so sozial, hat einen Antrag gestellt, den wir aus gutem Grund abgelehnt haben. Darauf sind Sie selber eingegangen. Die SPD wollte mit ihrem Antrag erreichen, dass es für alle alles umsonst gibt, inklusive Schutzkleidung.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Julika Sandt (FDP): - Nein, erst im Anschluss. Die SPD hat die Übernahme der Kosten von Klassenfahrten ohne Kostenobergrenze gefordert. Dies hätte die Kommunen in hohem Maße belastet. Letzten Endes hätte die Reinigungskraft mit ihren Steuergeldern die Skifreizeit für den Millionärssohn bezahlt. Das ist in höchstem Maße unsozial. Deswegen haben wir diesen Antrag ganz klar abgelehnt. Schutzkleidung bräuhete man eigentlich gegen so einen Unsinn.

Ich räume ein, der Antrag der Freien Wähler ist klüger als der Antrag der SPD. Das ist gar keine Frage. Sie wollen den Kommunen selbst die Entscheidung über die Übernahme der Kosten bestimmter Lernmittel überlassen. Sie erwähnen in diesem Zusammenhang vor allem die Arbeitsblätter, die Arbeitshefte und Papierstapel. Sie haben eben gesagt, moderne Lernmit-

tel seien Bücher. Ich gehe selber an die Schulen und habe festgestellt, dass dort durchaus mit neueren Medien gearbeitet wird. Dieser Aspekt wird in Ihrem Antrag ausgespart. Wir müssen Papierstapel verhindern und die Abzocke mit den Arbeitsheften beenden. Interaktive Medien können die Schwächen der Schüler noch stärker berücksichtigen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das Urheberrecht gilt auch im Internet!)

- Natürlich werden die Urheberrechte bei einer Lernplattform berücksichtigt und der Urheber entsprechend bezahlt. Die Urheberrechte der Softwareprogramme werden entsprechend gewürdigt. Das ist gar keine Frage.

Es gibt schülergerechte Computer, sogenannte Classmates, die nur 200 bis 300 Euro kosten, Tendenz fallend. An der Hauptschule Geretsried konnten die Schüler zusammen mit den Eltern selber darüber entscheiden, ob sie eine Laptop-Klasse besuchen. Dieses Angebot ist kostenpflichtig. Die Nachfrage war sehr viel höher als das Angebot. In diesem Fall ist die Laptop-Klasse von den Eltern bezahlt worden. Immerhin sind diese dazu bereit gewesen. Die Schulen sollten unabhängig von den Kommunen ihr eigenes Budget erhalten. Das wollen wir erreichen. Dies muss jedoch gesetzlich mit der eigenverantwortlichen Schule verankert werden. Zudem müssen wir die Sachaufwandsträger mit ins Boot nehmen.

Ihrem Antrag können wir in seiner jetzigen Form nicht zustimmen. Nicht die Kommunen, sondern die Schulen - Lehrer, Eltern und Schüler - sollten darüber entscheiden, welche Lernmittel eingesetzt werden. Sicherlich werden sie dann erkennen, dass es nicht alles für alle umsonst geben kann. Natürlich werden sie diese Mittel wirtschaftlich einsetzen müssen. Das ist klar. Selbstverständlich kann es vorkommen, dass die Schüler einen Teil der Kosten selbst übernehmen müssen. Wir haben alle unsere Lektüre selber bezahlt. Die Sommerferien stehen vor der Tür. Holen Sie Ihren Hamlet oder Faust aus dem Schrank, und gehen wir mit neuer Inspiration nach den Sommerferien gemeinsam an das Projekt eigenverantwortliche Schule, indem die Schulen ein Budget bekommen, indem die Schulen Freiheiten bekommen und indem sie dann bestimmte Dinge in einem bestimmten Rahmen für die Schüler finanzieren können. In diesem Rahmen könnten die Schulen auf der Grundlage ihres eigenen Budgets und ihrer Freiheiten viele Kosten für die Schüler übernehmen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, bitte bleiben Sie am Mikrofon. Die Zwischenbemer-

kung von Herrn Kollegen Pfaffmann steht noch aus, die Sie freundlicher Weise nach hinten verschoben haben. Herr Kollege Pfaffmann, bitte schön.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Liebe Frau Kollegin Sandt, Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten einen unsozialen Gesetzentwurf eingebracht. Wer einer Partei angehört, die Hotelsteuern senkt und Gesundheitskosten erhöht, sollte mit dem Vorwurf, andere Fraktionen seien unsozial, vorsichtig sein.

(Beifall bei der SPD)

Offensichtlich sind Sie nicht lernfähig. Im Bildungsausschuss habe ich Ihnen bereits gesagt, dass die SPD mit ihrem Gesetzentwurf nicht die Finanzierung des Skiurlaubs des Millionärskindes beabsichtigt hat. Dies haben Sie schon mehrmals wiederholt. Ich fordere Sie noch einmal auf, diese Behauptung zu unterlassen. Sie versuchen hier den Eindruck zu erwecken, als wären Sie allein die Vorkämpferin für die Schülerinnen und Schüler. Sie sind bereits zwei Jahre an der Regierung. Ich habe von Ihnen in diesen zwei Jahren in diesem Parlament noch keinen Antrag gesehen, der Ihren mündlichen Forderungen entspricht. Es gibt keinen einzigen parlamentarischen Antrag. Legen Sie endlich einen Antrag auf den Tisch.

(Beifall bei der SPD)

Sie fordern mehr Selbstständigkeit für die Schulen. Wo ist Ihr Antrag? Sie fordern ein Budget für die Schulen. Wo ist Ihr Antrag? Sie fordern Laptops für die Schule. Wo ist Ihr Antrag? Liebe Frau Sandt, schöne Worte bringen uns in diesem Land nicht weiter.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten sehr vorsichtig sein. Ich sage es Ihnen noch einmal: Wir wollen, dass Kopierkosten und Kosten im Zusammenhang mit verpflichtenden Schulveranstaltungen - nicht Skiurlaub, sondern Schulveranstaltungen - von der Lernmittelfreiheit abgedeckt sind.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, die zwei Minuten sind um.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nicht mehr und nicht weniger. Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie es waren, die das immer wieder abgelehnt haben.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Sandt, Sie haben zwei Minuten.

(Zuruf von SPD: Viele Fragen!)

Julika Sandt (FDP): - Genau, es waren jede Menge Fragen. Es war keine konkrete Frage - das wäre eigentlich interessanter gewesen. Es war ein Sammel-surium an Aussagen.

(Zuruf von der SPD: Das war keine Frage, sondern eine Zwischenbemerkung!)

- Okay; alles klar. Die eigenverantwortliche Schule ist in Vorbereitung. Wir haben dazu ein ausführliches Positionspapier verabschiedet; es ist öffentlich und steht auf unserer Homepage. Im Moment befindet es sich in Verhandlungen. Ich meine, dass damit etwas auf den Weg gebracht wird. Dazu haben wir ja noch ein wenig Zeit.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wo sind die Anträge?)

- Die kommen, das werden Sie sehen, die kommen. Die sind auf einem guten Weg. Es gibt auch noch andere Anträge zu diesem Thema; diese werden auch kommen. Zur Medienkompetenz haben wir auch schon einiges gemacht. Das läuft schon.

(Zuruf von der SPD)

In Ihrem Antrag stand durchaus, Schulveranstaltungen - auch Klassenfahrten sind Schulveranstaltungen - sollen frei sein. Lesen Sie noch einmal Ihren eigenen Antrag.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt habe ich auf der Rednerliste noch Kollegin Gottstein stehen. Bitte schön.

Eva Gottstein (FW): Ich versuche einfach, die Rednerliste von hinten kommend abzuarbeiten.

(Zuruf von der SPD)

- Das mache ich gern.

Frau Sandt, bitte lesen Sie - zum Beispiel heißt es: Arbeitshefte. Frau Kollegin Sandt, ich versuche gerade, auf Sie einzugehen. Das heißt, dadurch sind nicht alle tollen Lernmittel ausgeschlossen, von denen Sie sprechen. Momentan arbeiten aber viele Verlage noch mit dem Schulbuch und mit dem Arbeitsheft. Unser Antrag schließt nicht aus, dass man, wie Sie sagen, richtig moderne Lehrmittel dazunimmt. Deswegen müssten Sie sich dem Antrag nicht verweigern. Alles andere, was Sie sagen, ist Zukunftsmusik. Wir wollen sehr schnell etwas ändern, und das könnte man mit diesem Antrag.

Zu Frau Kollegin Tolle. Ich habe bis jetzt noch nicht gewusst, dass es immer nur dann gerechter wird, wenn es mehr Geld kostet. Ist das Ihre Meinung? Ich meine, Gerechtigkeit ist nicht immer davon abhängig, mehr Geld auszugeben. Sie sprechen davon, dass bei den Kommunen ein Streit ausbrechen wird. Ich meine, Sie haben von der Praxis keine Ahnung. Im Normalfall setzt der Stadtrat, der Gemeinderat, der Schulausschuss ein Budget fest und verlässt sich auf die Schulfamilie. Ob das der Schulleiter in seinem stillen Kämmerlein macht oder ob das im Schulforum geschieht, spielt keine Rolle. Das machen die aus.

(Zuruf von der FDP)

- Doch, so läuft das im Normalfall.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Herr Kollege Pfaffmann, vielleicht sollten Sie die Protokolle Ihres eigenen Ausschusses lesen; das wäre nicht schlecht. Dann würden Sie wissen, was wir in diesem Ausschuss sagen.

(Beifall bei den Freien Wählern - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sie waren doch gar nicht da!)

- Nein, in dieser Sitzung nicht, aber in sehr vielen anderen. Auch Ihnen passiert es einmal, dass Sie nicht da sind. Auf jeden Fall sollten Sie nicht Dinge vermischen. Wir wissen auch, dass reiche Gemeinden sehr wohl alles finanzieren können, aber wir wissen auch, dass sich - und das ist das Hauptanliegen unseres Antrages - die förderfähigen Kosten für den Schulaufwandsträger nur auf Schulbücher beschränken. Das ist aber nicht mehr zeitgemäß.

Bei Herrn Ländner habe ich ein wenig das Gefühl, dass er ein Angsthase ist,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

bloß weil später vielleicht einmal in einem Wahlkampf die Kommunen Angst haben könnten. Sie von der CSU sollten doch merken oder gemerkt haben, dass Angst vor irgendwelchen Entwicklungen der schlechteste Ratgeber ist; in diesem Fall ist er auch noch überflüssig.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich bitte noch einmal, an die Grundidee zu denken. Die Grundidee der Lernmittelfreiheit wurde vor Jahrzehnten entwickelt. Die Lernmittelfreiheit muss heute eben anders ausgestaltet werden. Ich muss nun einfach ins Detail gehen. Herr Minister Schneider lächelt, das weiß er auch noch aus seiner Zeit. Englisch wird er nur mit dem entsprechenden Arbeitsheft unterricht-

ten, und dieses kostet etwas. Das wollen wir den Eltern nicht zumuten. Die Lernmittelfreiheit war nie von sozialen Aspekten abhängig. Die bisherige Lernmittelfreiheit gilt für alle Schüler in Bayern. Diese allgemeine Lernmittelfreiheit wollen wir ausweiten. Wir wollen, dass es nicht mehr Geld kostet, weil wir in den heutigen Zeiten sparen müssen. In diesem Bereich kann man sparen. Wenn sich die Schulfamilie für eine Lernmittelfreiheit entscheidet und sie mit der anderen verrechnet, ist das in Ordnung. Das ist zeitgemäß. Deshalb verstehen wir Ihre Kritik nicht.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Anmeldungen auf der Rednerliste liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich weise nur der Form halber darauf hin, dass zu Tagesordnungspunkt 10 bereits namentliche Abstimmung beantragt wurde. Es kommt also nicht mehr auf die 15 Minuten an. Ich weise darauf hin, dass eine namentliche Abstimmung stattfindet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Eisenbahn- und
Seilbahngesetzes (Drs. 16/4232)
- Zweite Lesung -**

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/4232 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie auf Drucksache 16/5267 zugrunde.

Der federführende Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz stimmt bei seiner Endberatung ebenfalls zu.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Ich darf bitte um etwas mehr Konzentration bitten.

Ergänzend schlägt er vor, in § 2 als Datum des Inkrafttretens den "1. August 2010" einzufügen. Demnach ist in § 1 Nummer 45 Buchstabe d) im neu ge-

fassten Artikel 45 Absatz 3 als Tag vor dem Inkrafttreten der "31. Juli 2010" sowie als letzter Tag des sechsten auf das Datum des Inkrafttretens folgenden Monats der "31. Januar 2011" einzufügen.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberathenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz mit diesen Ergänzungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind CSU, FDP, Freie Wähler, SPD, GRÜNE und Frau Pauli. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Ebenfalls keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. - Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberathenden Ausschusses mit den entsprechenden Ergänzungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind, wie soeben, alle Fraktionen sowie Frau Pauli. Gegenstimmen? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Stimmenthaltungen? - Ebenfalls nicht.

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Eisenbahn- und Seilbahngesetzes".

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen
Bodenschutzgesetzes (Drs. 16/4442)
- Zweite Lesung -**

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen sofort zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/4442 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Umwelt und Gesundheit auf Drucksache 16/5311 zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind wieder alle Fraktionen und Frau Pauli. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in

einfacher Form durchzuführen. - Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Wie soeben alle Fraktionen und Frau Pauli. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Jeweils keine.

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Bodenschutzgesetzes".

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten

Gerhard Wägemann, Georg Eisenreich, Peter Schmid u. a. (CSU),

Thomas Hacker, Julika Sandt, Brigitte Meyer u. a. (FDP)

zur Änderung des Gesetzes über den Bayerischen Landessportbeirat (Drs. 16/4688)

- Zweite Lesung -

Eine Aussprache findet hierzu wiederum nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/4688 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport auf Drucksache 16/5429 zugrunde.

Der federführende Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle Fraktionen und Frau Kollegin Dr. Pauli. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. - Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind alle Fraktionen sowie Frau Kollegin Dr. Pauli. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine.

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Bayerischen Landessportbeirat".

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung zum Staatsvertrag über die Bestimmung einer innerstaatlichen Institution nach dem Gesetz zu dem Übereinkommen vom 9.

September 1996 über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt (Bilgenentwässerungsverband-Staatsvertrag) (Drs. 16/5054)

- Zweite Lesung -

Auch hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Staatsvertrag auf Drucksache 16/5054 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Umwelt und Gesundheit auf Drucksache 16/5410 zugrunde.

Gemäß § 58 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Staatsvertrag erfolgen. Der federführende Ausschuss empfiehlt die Zustimmung. Wer dem Staatsvertrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle Fraktionen und Frau Kollegin Dr. Pauli. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Dem Staatsvertrag ist damit zugestimmt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.

Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Wahl

von Vertrauensleuten und deren Vertreter für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei den Finanzgerichten München und Nürnberg (s. a. Anlage 2)

Mit Schreiben vom 12. April 2010 hat Herr Staatsminister Fahrenschon mitgeteilt, dass die elfte Wahlperiode der ehrenamtlichen Richter bei den Finanzgerichten München und Nürnberg am 31. Dezember 2010 abläuft und für die Neuwahl bei beiden Gerichten ein Wahlausschuss zu bestellen ist.

Gemäß § 23 der Finanzgerichtsordnung hat der Landtag jeweils sieben Vertrauensleute und ihre Vertreter für diese Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei den Finanzgerichten München und Nürnberg zu wählen. Die Wahl erfolgt für einen Zeitraum von fünf Jahren. Nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers steht der CSU-Fraktion das Vorschlagsrecht für jeweils drei Vertrauensleute sowie den Fraktionen von SPD, Freien Wählern, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP für jeweils *eine* Vertrauensperson und deren Stellvertreter je Wahlausschuss zu.

Die von den vorschlagsberechtigten Fraktionen benannten Persönlichkeiten können der Ihnen vorliegenden Liste entnommen werden. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

(Siehe Anlage 2)

Die Wahl der vorgeschlagenen Vertrauensleute sowie deren Vertreter soll in einfacher Form und gemeinsam durchgeführt werden.

Herr Staatsminister Schneider und Herr Kollege Füracker, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Deshalb bitte ich Sie, Ihre Plätze einzunehmen.

(Harald Güller (SPD): Herr Pschierer telefoniert! - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Telefonieren geht gar nicht!)

Herr Kollege Pschierer!

(Beifall bei der SPD)

Wollen Sie telefonisch abstimmen?

(Albert Füracker (CSU): Ich gebe bekannt: Ich war schuld!)

Meine Damen und Herren, wer mit der Bestellung der von den vorschlagsberechtigten Fraktionen benannten Persönlichkeiten zu Vertrauensleuten bzw. zu deren Vertretern für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei den Finanzgerichten München und Nürnberg einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle Fraktionen sowie Frau Kollegin Dr. Pauli. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine.

Damit sind die von den vorschlagsberechtigten Fraktionen benannten Persönlichkeiten zu Vertrauensleuten bzw. zu deren Vertretern für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei den Finanzgerichten München und Nürnberg gewählt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Namentliche Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Christian Meißner u. a. und Fraktion (CSU), Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann u. a. und Fraktion (FDP) Linksextremismus wirksam entgegentreten! (Drs. 16/5211)

Die Aussprache hierzu hat bereits im letzten Plenum stattgefunden. Wir kommen deshalb jetzt zur Abstimmung, die in namentlicher Form erfolgen soll.

Die Urnen für die Stimmkarten befinden sich auf beiden Seiten des Sitzungssaals sowie auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.07 bis 17.12 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Abstimmung ist geschlossen. Es wird gerade darüber diskutiert, ob wir noch einen Tagesordnungspunkt aufrufen.

(Zurufe: Ja!)

- Dann machen wir weiter. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Georg Schmid, Reinhold Bocklet, Thomas Kreuzer u. a. und Fraktion (CSU), Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Harald Güller u. a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl und Fraktion (FW), Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde u. a. und Fraktion (FDP) zur Änderung des Parlamentsinformationsgesetzes (Drs. 16/4718) - Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion vereinbart. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Männle, bitte sehr.

Prof. Ursula Männle (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sie sehen mich überrascht. Ich stehe hier ohne jedes Papier und ohne alles.

(Allgemeine Heiterkeit - Zurufe: Aber ein Kleid haben Sie schon! - Hubert Aiwanger (FW): Aber ein schönes Kleid haben Sie an!)

- Danke.

(Unruhe)

Ich freue mich, dass wir als erstes Parlament der Bundesrepublik Deutschland den Lissabonner Vertrag in einer ganz entscheidenden Frage umsetzen können. Wir haben zum Lissabonner Vertrag hin- und herdiskutiert und uns gefragt, ob wir mit Nein oder mit Ja stimmen sollen. Wir haben uns für ein Ja-Aber entschieden, vor allen Dingen deswegen, weil die Rechte der Parlamente sowohl auf Bundes- als auch Landesebene durch den Lissabonner Vertrag dadurch gestärkt werden, dass im Vorfeld politischer Entscheidungen Subsidiaritätskontrollen und Mitwirkungsrechte vonseiten der Parlamente durchgesetzt wurden.

(Unruhe)

Wir haben uns im August letzten Jahres aufgrund des Urteils des Karlsruhe Verfassungsgerichts damit beschäftigt, wie Vorgaben für die nationalen und die regionalen Parlamente aus dem Lissabonner Vertrag und aus diesem Urteil heraus umgesetzt werden können. Nach gemeinsamer Arbeit von Staatsregierung und allen Fraktionen haben wir jetzt ein Parlamentsbeteiligungsgesetz vorgelegt. Wir hatten ein gut funktionierendes Parlamentsinformationsgesetz. Aufgrund der nunmehr stärkeren Rechte sind wir jetzt der Meinung, dass dieses Parlamentsinformationsgesetz eine neue Qualität hinsichtlich der stärkeren Beteiligung des Landtags erreichen muss. Das ist im vorgelegten Gesetzentwurf verankert.

Besonders wichtig ist uns - deswegen spreche ich auch als Vorsitzende des Europaausschusses - die Verankerung im Europarecht. Hinsichtlich des Bundesrats gibt es gegenwärtig zwar keine Veränderung, aber die Frage, wie wir am Europadialog beteiligt sind, ist darin geregelt. Wir werden damit unserer Integrationsverantwortung gerecht, wir werden der Subsidiaritätskontrolle gerecht, und wir beziehen nicht nur die Regionen ein, sondern sagen auch sehr deutlich, dass es in all den Fällen, in denen Kommunen betroffen sind - vornehmlich bei der Daseinsvorsorge -, auch Formen der Beteiligung geben muss. Das ist ein guter Erfolg. Wenn man noch die Vereinbarung mit der Staatsregierung zum Parlamentsbeteiligungsgesetz hinzunimmt, können wir sagen: Wir haben in kürzester Zeit gute Arbeit geleistet und sind damit ein positives Beispiel für alle anderen Landtage.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Professor Männle. Herr Kollege Schindler äußert sich für die SPD, bitte schön.

Franz Schindler (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem dieses Gesetz von allen Fraktionen eingebracht worden ist, in Erster Lesung schon von allen gelobt und bei der Beratung im federführenden Rechtsausschuss einstimmig angenommen worden ist, will ich heute noch einmal loben und Herrn Bocklet dafür danken, dass er sich der Mühe der Vorbereitungen unterzogen hat.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, gleichwohl möchte ich hinzufügen, dass wir uns auf dem Erreichten nicht ausruhen dürfen und die Arbeit jetzt erst auf den Landtag zukommt. Nicht nur die Rolle der Länder wurde durch den Lissabonner Vertrag gestärkt, sondern auch im Speziellen die Rolle der Landtage. Das interessiert eine Opposition naturgemäß mehr als die Regierungsfaktionen, weil diese mit dem viel beklagten Exekutiv-Föderalismus vergleichsweise gut auskommen können. Das gilt nicht für den gesamten Landtag, naturgemäß nicht für die Landtagsopposition. Deswegen freue ich mich, dass wir jetzt mit diesem Beteiligungsgesetz mehr Möglichkeiten haben, die wir dann auch nutzen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was die Vereinbarung zu dem neuen Gesetz betrifft, sind wir im Rechtsausschuss so verblieben, dass wir uns damit im Herbst beschäftigen werden; vielleicht können wir die eine oder andere Frage bis dahin noch klären. Ansonsten stimmen wir aus Überzeugung zu.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nun spricht Kollege Streibl für die Freien Wähler, bitte schön.

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht schaffen wir die Beratung noch vor 17.30 Uhr; dann könnten wir noch abstimmen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich bitte darum.

Florian Streibl (FW): Ich möchte mich dem großen Lob für das Gesetz anschließen, das gemeinsam erarbeitet worden ist, um die Kompetenzen der Parlamente zu stärken. Wir müssen sehr darauf achten, dass wir als Parlament unsere Souveränität behalten. In der Vergangenheit ist immer mehr zur Exekutive

abgewandert. Jetzt können wir mit einem neuen Bewusstsein auftreten und in einer Föderation die Parlamente stärken.

Daher bitte ich um breite Unterstützung des Gesetzentwurfs, den wir heute noch über die Bühne bringen wollen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nun spricht noch Kollege Rohde. - Der schreibt noch an seinem Manuskript.

Jörg Rohde (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. Da ist noch genug Zeit für eine Grundsatzrede.

(Allgemeine Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns in der Ersten Lesung am 10. Juni ausführlich mit dem Gesetzentwurf beschäftigt. Wir sind alle gemeinsam Antragsteller und haben den Gesetzentwurf in der parlamentarischen Beratung nicht geändert. Vermutlich werden wir heute alle dem Gesetzentwurf zustimmen, sodass wir eigentlich gar nicht debattieren müssten.

Für das Protokoll verweise ich aber auf die 49. Plenarsitzung und auf die Beiträge der Redner aller Fraktionen am 10. Juni. Da sind alle Argumente aufgeführt.

Ich möchte heute auch in die Lobeshymnen aller Fraktionen einstimmen, Herrn Schindler recht geben und Herrn Bocklet danken. Ich freue mich auf ein schönes Fest heute Abend mit Ihnen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/4718 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz auf Drucksache 16/5403 zugrunde. Der federführende und end-

beratende Ausschuss empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass in § 2 als Datum des Inkrafttretens der "1. August 2010" eingefügt wird.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Ergänzung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. - Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung des endberatenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine.

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es trägt den Titel: "Gesetz zur Änderung des Parlamentsinformationsgesetzes".

Ich gebe noch das Ergebnis der vorhin durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU und der FDP betreffend "Linksextremismus wirksam entgegnetreten" auf Drucksache 16/5211 bekannt. Das war der Tagesordnungspunkt 10. Mit Ja haben 114 Mitglieder des Hohen Hauses gestimmt, mit Nein 47. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dem Dringlichkeitsantrag zugestimmt worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Meine Damen und Herren, jetzt lohnt es sich nicht mehr, einen Tagesordnungspunkt aufzurufen. Ich schließe für heute die Sitzung und wünsche einen angenehmen Abend. Wir sehen uns morgen früh wieder.

(Schluss: 17.23 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 8)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 10. Juni 2010 (Vf. 6-VII-10) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 13 e des Gesetzes über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung in der freien Natur (Bayerisches Naturschutzgesetz - BayNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Dezember 2005 (GVBl 2006 S. 2, BayRS 791-1-UG), geändert durch Gesetz vom 25. Februar 2010 (GVBl S. 66)
 PII/G-1310/10-4
 Drs. 16/5386 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

- 1. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.**
2. Der Antrag ist unbegründet.
3. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. Juni 2010 (Vf. 5-VII-10) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit 1. des § 4 der Satzung für die öffentliche Entwässerungsanlage der Gemeinde Mengkofen (Entwässerungssatzung - EWS) vom 26. Mai 2009, 2. der §§ 6 und 10 der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Mengkofen vom 26. Mai 2009
 PII/G-1310/10-5
 Drs. 16/5387 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

3. **Antrag der Staatsregierung**
auf Zustimmung gemäß § 58 Abs. 2 FlurbG zur Änderung der Landesgrenze des Freistaates Bayern gegenüber dem Land Hessen im Zuge der Flurneuordnung Niedersteinbach, Markt Mömbris, Landkreis Aschaffenburg
Drs. 16/4832, 16/5424 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine Politik der Würde
Schutz für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
Drs. 16/1385, 16/5286 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine Politik der Würde
Aufnahme von Praktika- und Ausbildungsplätzen für Geduldete
Drs. 16/1386, 16/5187 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für mehr Transparenz im Umgang mit Flüchtlingen
Drs. 16/1670, 16/5188 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Transparenz bezüglich der Erstaufnahme von Flüchtlingen in Bayern
Drs. 16/1671, 16/5189 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sozialen Verwendungszweck beim Verkauf des Grundstücks am Neudeck 10 - 14 klären und festschreiben
Drs. 16/1708, 16/5308 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW)
Konzept zur Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen
Drs. 16/2192, 16/5279 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Karsten Klein, Renate Will u.a. FDP
Regelungen über die Elternzeit den Bedürfnissen der Eltern anpassen
Drs. 16/3097, 16/5287 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Karin Pranghofer, Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll u.a. SPD
Qualifizieren statt entlassen, aufsteigen statt absteigen:
Beschäftigungsbrücken für Jugendliche schaffen
Drs. 16/3365, 16/5288 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag des Abgeordneten Christian Meißner CSU, Thomas Hacker, Dr. Otto Bertermann, Dr. Andreas Fischer u.a. FDP
Zivilcourage fördern und Helfer unterstützen
Drs. 16/3411, 16/5190 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Asylsozialpolitik in die Zuständigkeit des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen!
Drs. 16/3926, 16/5191 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für einen europäischen Hochschulraum: Reform der Bologna-Reform jetzt
Drs. 16/4014, 16/5253 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Ausgleich der zu erwartenden Quarantänekosten infolge der Anerkennung der BHV1-Freiheit gemäß Art. 10 der RL 64/432 EWG
Drs. 16/4051, 16/5304 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Martin Güll, Diana Stachowitz u.a. SPD
Umsetzung des Neuen Dienstrechts in Bayern
hier: Personalräteschulung
Drs. 16/4052, 16/5161 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Martin Güll, Diana Stachowitz u.a. SPD
Umsetzung des Neuen Dienstrechts in Bayern
hier: Schulung von Führungskräften
Drs. 16/4053, 16/5162 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Martin Güll, Diana Stachowitz u.a. SPD
Umsetzung des Neuen Dienstrechts in Bayern
hier: Systematisches Gesundheitsmanagement entwickeln
Drs. 16/4054, 16/5164 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Martin Güll, Diana Stachowitz u.a. SPD
Umsetzung des Neuen Dienstrechts in Bayern
hier: Konzept für die modulare Qualifikation im Rahmen der Leistungslaufbahn vorlegen
Drs. 16/4055, 16/5165 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Wasserwirtschaft soll aus der Wettbewerbs-Regelung im Entflechtungsgesetz ausgenommen sein
Drs. 16/4110, 16/5320 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW),
Markus Rinderspacher, Annette Karl, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD),
Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
S7-Verlängerung nach Geretsried - Bericht über realistischen Prozess
Drs. 16/4186, 16/5201 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Christa Steiger, Diana Stachowitz u.a. SPD
Für eine Wende in der bayerischen Asylpraxis
Drs. 16/4198, 16/5289 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Gudrun Brendel-Fischer, Petra Dettenhöfer u.a. CSU
Gesundheitsschutz für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten
Drs. 16/4228, 16/5417 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Annemarie Biechl CSU
Konzept zur Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen
Drs. 16/4249, 16/5280 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unabhängige Datenschutzaufsicht umsetzen!
Drs. 16/4312, 16/5430 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Jagdgesetzes (AVBayJG)
hier: Änderung § 16 Abs. 4 AVBayJG
Freiwilligkeit der Vorlage von Trophäen bei Pflichthegeschauen
Drs. 16/4349, 16/5281 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Christa Steiger, Angelika Weikert, Diana Stachowitz u.a. SPD
Bayern, aber gerechter:
Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen, gegen die Verdrängung oder das
Ersetzen von Stammebelegschaften durch die Beschäftigung von Leiharbeiterinnen
und -arbeitnehmern Maßnahmen ergreifen
Drs. 16/4350, 16/5349 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU,
Dr. Andreas Fischer, Thomas Dechant, Dr. Otto Bertermann u.a. FDP
Effiziente Reduktion überhöhter Schwarzwildbestände
Drs. 16/4351, 16/5282 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zeitnahe Realisierung der notwendigen Verbesserungen der Bahninfrastruktur
für den Nahverkehr zwischen Augsburg - Diedorf und Augsburg - Meitingen
Drs. 16/4361, 16/5268 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gleiche Rechte für alle Kinder - Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur
UN-Kinderrechtskonvention!
Drs. 16/4370, 16/5290 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Dr. Otto Hünnerkopf,
Jakob Schwimmer u.a. CSU,
Tobias Thalhammer, Dr. Franz Xaver Kirschner, Dr. Otto Bertermann u.a. FDP
Mehr Lebensqualität durch effektiven Lärmschutz - Fluglärm reduzieren - Leise
Flugzeuge fördern
Drs. 16/4390, 16/5310 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zu Dringlichkeit und Realisierungschancen der BVWP-Projekte in Bayern
Drs. 16/4453, 16/5198 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FW)
Einrichtung und Förderung eines Freiwilligen Politischen Jahres
Drs. 16/4459, 16/5440 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Hotline für ehemalige Heimkinder
Drs. 16/4474, 16/5291 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Fluglärm durch leisere Flugzeuge reduzieren, Nachtflugkontingente reduzieren, auf die 3. Startbahn am Flughafen München verzichten, Lebensqualität steigern
Drs. 16/4476, 16/5312 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aufenthaltsperspektive für Roma aus dem Kosovo
Drs. 16/4477, 16/5431 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Joachim Hanisch und Fraktion (FW)
Polizeibeauftragter der Freistaats Bayern
Drs. 16/4478, 16/5178 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW)
Soziale Belange und Umweltaspekte als Vergabekriterien berücksichtigen - regionale Wirtschaftskreisläufe stärken!
Drs. 16/4479, 16/5406 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Jutta Widmann und Fraktion (FW)
Neubau eines Gymnasiums im Landkreis Landshut
Drs. 16/4480, 16/5322 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Reinhold Strobl, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u.a. SPD
Weiterbestand des Impulsprogramms für kleine Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (Mini-KWK-Anlagen)
Drs. 16/4561, 16/5407 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohlen, Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
Forschungsstandort Bayern fördern - Forschungs- und Entwicklungsmonitor für Bayern
Drs. 16/4562, 16/5428 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Reinhold Perlak u.a. SPD
Standortmanagement für das Digitalfunknetz in Bayern
Drs. 16/4564, 16/5186 (E) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die Fraktion der Freien Wähler hat beantragt das Votum „Zustimmung“ der Abstimmung zugrunde zu legen

43. Antrag der Abgeordneten Heinrich Rudrof, Albert Füracker u.a. CSU, Dr. Otto Bertermann, Thomas Dechant, Tobias Thalhammer FDP
Einrichtung eines Wald-Klima-Fonds
Drs. 16/4565, 16/5423 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer CSU,
Thomas Hacker, Thomas Dechant, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Bericht über die Entwicklung der Netze für Kinder
Drs. 16/4566, 16/5292 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Karsten Klein,
Thomas Dechant u.a. und Fraktion (FDP)
Rohstoffversorgung langfristig sichern
Drs. 16/4567, 16/5269 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Heinrich Rudrof, Alexander König, Albert Füracker u.a. CSU,
Dr. Andreas Fischer, Brigitte Meyer, Thomas Dechant FDP
Bauen mit Holz
Drs. 16/4570, 16/5313 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Eberhard Rotter u.a. CSU,
Tobias Thalhammer, Dr. Andreas Fischer, Karsten Klein u.a. FDP
Klimaschutz 2020 Bau- und Zivilrecht optimieren
Drs. 16/4575, 16/5432 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Tobias Thalhammer,
Dr. Franz Xaver Kirschner u.a. und Fraktion (FDP),
Renate Dodell, Dr. Florian Herrmann, Erika Görlitz und Fraktion (CSU)
Lärmschutz an der A9 im Bereich der Holledau
Drs. 16/4591, 16/5314 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

49. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Alexander König, Renate Dodell u.a. und Fraktion (CSU), Thomas Hacker, Julika Sandt, Brigitte Meyer u.a. und Fraktion (FDP) Exzessiven Alkoholkonsum auch von Kindern und Jugendlichen wirksam bekämpfen!
Drs. 16/4592, 16/5276 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

50. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD) Keine Verschärfung der sozialen Selektion beim Hochschulzugang durch Stipendienprogramm der Bundesregierung
Drs. 16/4593, 16/5306 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

51. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FW) Zukunft der Breitbandversorgung mit der digitalen Dividende
Drs. 16/4594, 16/5199 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

52. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW) Umsatzsteuerbefreiung für das Freiwillige Soziale Jahr
Drs. 16/4596, 16/5309 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

53. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lärmschutz an der BAB A9 zwischen dem Kreuz Neufahrn und dem Dreieck Holledau
Drs. 16/4606, 16/5315 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

54. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Helga Schmitt-Bussinger, Horst Arnold u.a. SPD
Vorratsdatenspeicherung
Drs. 16/4656, 16/5416 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

55. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konkordatslehrstühle an bayerischen Universitäten:
Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl aufnehmen
Drs. 16/4666, 16/5307 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

56. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Christa Steiger u.a. SPD
Kündigungen wegen Bagatelldelicten erschweren
Drs. 16/4671, 16/5298 (A) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Bernhard Roos u.a. SPD
Berichtsantrag zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen!
Drs. 16/4673, 16/5351 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

58. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Mindeststandards bei der Unterbringung von Flüchtlingen
Drs. 16/4677, 16/5293 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

59. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Objektive Altersfeststellung bei Flüchtlingen
Drs. 16/4678, 16/5294 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

60. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Google Street View und andere Dienste virtueller Straßenansichten - datenschutzrechtlichen Vereinbarungen jetzt nachkommen!
Drs. 16/4679, 16/5433 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

61. Antrag des Abgeordneten Heinz Donhauser CSU,
Tobias Thalhammer, Thomas Dechant, Dr. Andreas Fischer u.a. FDP
Verzicht auf Polizeibegleitung bei Genehmigung von Schwertransporten
Drs. 16/4684, 16/5422 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

62. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Eberhard Rotter, Dr. Otmar Bernhard u.a. CSU,
Dr. Otto Bertermann, Dr. Franz Xaver Kirschner, Jörg Rohde u.a. FDP
Mehr Kapazitäten für die Fahrradmitnahme schaffen
Drs. 16/4686, 16/5270 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

63. Antrag der Abgeordneten Gerhard Wägemann, Albert Füracker u.a. CSU,
Karsten Klein, Tobias Thalhammer, Thomas Dechant u.a. FDP
Förderung der Fischerei in Bayern vereinfachen
Drs. 16/4687, 16/5317 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

**bzw. gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

64. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rinderstudie fortführen
Drs. 16/4703, 16/5316 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A

65. Antrag der Abgeordneten Alexander König, Petra Guttenberger, Joachim Unterländer u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Tobias Thalhammer, Brigitte Meyer u.a. FDP
Präventive Maßnahmen zur Verhinderung sowie Beratungs- und Hilfsangebote für die Opfer von Zwangsheirat
Drs. 16/4712, 16/5295 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

66. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FW)
Semesterticket für München noch im Jahr 2010 verwirklichen
Drs. 16/4773, 16/5396 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

67. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Würdigung sozialer Erfahrungen und Fähigkeiten bei der dienstlichen Beurteilung von Lehrkräften sicherstellen
Drs. 16/4796, 16/5305 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

68. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Verkehrsunfälle durch Rehwild
Drs. 16/4808, 16/5415 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

bzw. gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

69. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FW)
Landesbeauftragte bzw. -beauftragter für den Bürokratieabbau in Bayern
Drs. 16/4845, 16/5434 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

70. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weitere Förderung der erneuerbaren Energien aus dem Marktanzreizprogramm
Drs. 16/4846, 16/5408 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

71. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Maria Noichl, Horst Arnold u.a. und Fraktion (SPD)
Bayerischer Berg- und Schutzwald muss „Wald“ bleiben
Drs. 16/4847, 16/5425 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

72. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW)
Verlängerung von Verjährungsfristen bei sexuellem Missbrauch
Drs. 16/4848, 16/5435 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

73. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltssperre beim Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien und Vorhaben der Klimaschutzinitiative aufheben
Drs. 16/4863, 16/5409 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

74. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltssperre beim Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien aufheben
Drs. 16/4866, 16/5411 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

75. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Tobias Thalhammer, Renate Will, Thomas Dechant und Fraktion (FDP)
Modernisierungstau im Heizungsmarkt weiter auflösen mit der Fortführung des erfolgreichen Marktanzreizprogramms für Solarthermie, Pelletheizungen und Wärmepumpen
Drs. 16/4870, 16/5412 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

76. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Christa Steiger u.a. und Fraktion (SPD)
Pflegermindestlohn - wie geplant in Kraft setzen
Drs. 16/4873, 16/5297 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

77. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unterschreitung der Mindestschülerinnen- bzw. -schülerzahl an den Grundschulen im Schuljahr 2010/11 ermöglichen!
Drs. 16/4877, 16/5441 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

78. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Förderung extensiver Produktionsverfahren - Anlage von mehr- und einjährigen
Blühstreifen außerhalb von Stilllegungsflächen
Drs. 16/4910, 16/5426 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

79. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Natascha Kohnen,
Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
Bayernweites Semesterticket
Gleichberechtigung für alle Studierenden
Drs. 16/4944, 16/5397 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

80. Antrag des Abgeordneten Thomas Mütze BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bericht über die Situation in der Gemeinschaftsunterkunft in Aschaffenburg
Drs. 16/4998, 16/5421 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

81. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u.a. und Fraktion (SPD)
Ausreichende Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung sichern
Drs. 16/5030, 16/5381 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

82. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. und Fraktion (SPD)
Zustimmungspflicht des Bundesrates beim Gesetz zur Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke
Drs. 16/5115, 16/5413 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

83. Antrag der Abgeordneten Georg Schmid, Dr. Otto Hünnerkopf, Albert Füracker u.a. und Fraktion (CSU)
Haushaltssperre des Deutschen Bundestags beim Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien genau hinterfragen!
Drs. 16/5140, 16/5414 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

84. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Berichtsantrag zur Sicherstellung der weiteren Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser in Bayern
Drs. 16/5213, 16/5419 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

85. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Christa Steiger, Diana Stachowitz u.a. SPD
Häusliche Gewalt gegen Frauen
Drs. 16/2753, 16/5299 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

der den Antrag für erledigt erklärt hat

86. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Christa Stewens, Joachim Unterländer u.a. CSU, Thomas Hacker, Dr. Otto Bertermann, Dr. Andreas Fischer u.a. FDP
Sexuellen Missbrauch von Kindern verhindern! - Ambulantes Therapieangebot für Personen mit pädosexuellen Neigungen im Freistaat Bayern
Drs. 16/3413, 16/5300 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

der den Antrag für erledigt erklärt hat

87. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Asylkompromiss umsetzen: Neues Konzept für die Gemeinschaftsunterkunft Heinrich-Wieland-Straße in München erarbeiten
Drs. 16/5214, 16/5439 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

der den Antrag für erledigt erklärt hat

88. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Natascha Kohnen, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
Mehr Kultur ins Klassenzimmer
4. Landeskulturtag
Drs. 16/2260, 16/5321 (G) [X]

**abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

89. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sexualkunde-Unterricht durch externe Fachberaterinnen bzw. -berater an Grundschulen aufrechterhalten!
Drs. 16/4849, 16/5448 (E) [X]

**abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Mitteilung

Wahl von Vertrauensleuten und deren Vertreter für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei den Finanzgerichten

Die vorschlagsberechtigten Fraktionen haben die nachstehend aufgeführten Vertrauensleute und deren Vertreterinnen bzw. Vertreter für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei den Finanzgerichten München und Nürnberg vorgeschlagen:

Für das Finanzgericht München:

Vertrauensleute: Vertreterin bzw. Vertreter:

CSU

Ulrich Geiger	Erika Still-Hackel
Paul Lindemann	Eva-Maria Fink
Norbert Schmid	Horst Wipplinger

SPD

Hans Kolo	Simone Burger
-----------	---------------

Freie Wähler

Petra Wengert	Dr. Markus Brehm
---------------	------------------

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Annegret Lueg	Simon Pflanz
---------------	--------------

FDP

Rochus J. Kammer	Ruth Hohenadl
------------------	---------------

Für das Finanzgericht Nürnberg:

Vertrauensleute: Vertreterin bzw. Vertreter:

CSU

Erich Pöhlmann	Rainer Mißlbeck
Gerhard Schmitt	Klaus Mägerlein
Werner Gruber	Hermann Gumbmann

SPD

Erika Faul	Thomas Grosser
------------	----------------

Freie Wähler

Irene Häusler	Marion Hälsig
---------------	---------------

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Michael Hauck	Karin Dobbert
---------------	---------------

FDP

Wolfgang Hofmann	Stefan Martin
------------------	---------------

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.07.2010 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Christian Meißner u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann u. a. und Fraktion FDP; Linksextremismus wirksam entgegenzutreten! (Drucksache 16/5211)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette	X		
Daxenberger Sepp			
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud	X		
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva	X		
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia			
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter	X		
Miller Josef	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus			
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard			
Rötter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried	X		
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa			
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta	X		
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell			
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	114	47	0